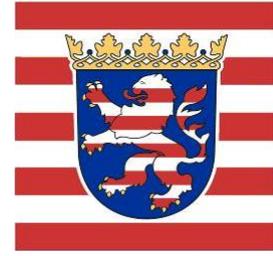




HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2021 vom 26.02.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	16
Energie.....	16
Digital.....	17
Forschung.....	18
Finanzdienstleistungen.....	20
Finanzen.....	22
Soziales.....	23
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	26
Landwirtschaft.....	28
Justiz.....	30
Inneres.....	31
Bildung und Kultur.....	32
Information, Kommunikation und Medien.....	33
Veranstaltungen.....	34
Vorschau.....	35

Institutionelles

Europäischer Rat; Videokonferenz am 25.02.2021 zu COVID-19

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) sprachen am 25.02.2021 in einer informellen Videokonferenz erneut über COVID-19. Zentrale Themen der Sitzung waren die Beschleunigung der Impfungen, die Frage der Impfbefreiungen sowie allgemein die Stärkung der Resilienz der Gesundheitssysteme in der EU. Die Mitglieder des ER verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung. Sie bezeichnen die pandemische Lage als nach wie vor ernst; die Zusammenarbeit und Koordinierung seien weiterhin notwendig. Die strengen Beschränkungen müssten aufrechterhalten und die Impfungen vorangetrieben werden. Nicht notwendige Reisen müssten weiterhin beschränkt bleiben; die entsprechenden Ratsempfehlungen für Beschränkungen der Einreisen in die EU und von Reisen innerhalb der EU werden begrüßt, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs im Binnenmarkt aber angemahnt. Mit Blick auf die Impfungen fordern die ER-Mitglieder die Beschleunigung des gesamten Prozesses: Autorisierung, Herstellung und Verteilung der Impfstoffe sowie der Impfungen selbst gleichermaßen. Die Bemühungen der Kommission zur Erhöhung der Produktionskapazitäten in Europa, zur Anpassung der Impfstoffe an Mutationen und zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung werden vollumfänglich unterstützt. Die Unternehmen werden aufgefordert, die Vorhersehbarkeit ihrer Produktion sicherzustellen und vertraglich zugesagte Lieferzeiten einzuhalten. Hinsichtlich der Impfbefreiungen erklären die ER-Mitglieder, weiterhin an einem gemeinsamen Ansatz arbeiten und zu einem späteren Zeitpunkt auf das Thema zurückkommen zu wollen. Schließlich bekräftigen sie ihr Engagement, den Zugang prioritärer Gruppen zu Impfstoffen in der EU-Nachbarschaft und darüber hinaus zu verbessern und die COVAX-Fazilität, die Impfstoffe an 92 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen verteilt, weiter zu unterstützen. Der ER erklärt ferner, die Resilienz der Gesundheitssysteme für die Zukunft müsse gestärkt werden. In diesem Sinne soll – entsprechend der Kompetenz der EU nach den Verträgen – die EU-Koordinierung verbessert werden, um künftig besser auf Gesundheitsnotstände reagieren zu können. Die Arbeit an den Vorschlägen der Kommission für eine Gesundheitsunion und eine Arzneimittelstrategie sollen vorangebracht werden. Die Kommission wird aufgefordert, bis Juni 2021 einen Bericht über die Lehren aus der Corona-Pandemie vorzulegen. Schließlich sprechen sich die ER-Mitglieder für eine weltweite Kooperation bei Gesundheitsbedrohungen aus. Sie befürworten die Stärkung der Weltgesundheitsorganisation und die Arbeit an einem internationalen Abkommen gegen Pandemien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/02/25-26/>

Europäischer Rat; Videokonferenz am 26.02.2021 zu Sicherheit und Verteidigung

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) befassten sich in einer informellen Videokonferenz am 26.02.2021 mit Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. An der Sitzung nahm auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teil. Die ER-Mitglieder erklären, sich weiterhin der Strategischen Agenda 2019-2024 verpflichtet zu fühlen, aber einen strategischeren Kurs zu verfolgen und die Fähigkeit der EU,

autonom zu handeln, zu stärken. Die EU müsse mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen. Man wolle weiterhin eng mit der NATO kooperieren und freue sich auf eine enge Zusammenarbeit mit der neuen US-Administration. Zur weiteren Vertiefung der Kooperation der Mitgliedstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung und Erhöhung der operationellen Bereitschaft soll das Engagement der EU bei zivilen und militärischen Operationen erhöht und die Möglichkeiten kollaborativer Instrumente besser von den Mitgliedstaaten genutzt werden. Außerdem spricht sich der ER für eine Stärkung der europäischen industriellen und verteidigungstechnologischen Basis aus. Die Kommission wird aufgefordert, bis Oktober 2021 einen Technologie-Fahrplan zu präsentieren, um Forschung und Innovation bei kritischen Technologien voranzutreiben und Europas strategische Abhängigkeiten zu verringern. Auch soll die Resilienz der EU gegenüber Cyberangriffen erhöht werden. Die Kommission und der Hohe Beauftragte sollen bis Juni 2021 über die Umsetzung der Cybersicherheits-Strategie vom Dezember 2020 berichten. Der europäische Gesetzgeber wird zur raschen Verabschiedung der revidierten Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit aufgefordert. Der Hohe Beauftragte soll weiter an dem sog. Strategischen Kompass, dem neuen sicherheitspolitischen Grundsatzdokument der EU, arbeiten. Bis März 2022 soll der Kompass angenommen werden. Der ER will sich regelmäßig mit den Themen Sicherheit und Verteidigung befassen. Auf das Thema südliche Nachbarschaft geht die Erklärung nur kurz ein. Der ER bekräftigt seine Schlussfolgerungen zu dem Thema vom 11.12.2020 (in denen eine Neubelebung der Partnerschaft angekündigt wird). Der Rat wird aufgefordert, sich mit der Umsetzung der gemeinsamen Mitteilung von Kommission und Hohem Vertreter über eine neue Agenda für den Mittelmeerraum vom 09.02.2021 zu befassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/02/25-26/>

C o r o n a

Kommission; Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19

Die Kommission hat am 25.02.2021 Berichte von Facebook, Google, Microsoft, Twitter, TikTok und Mozilla über die Aktivitäten der Unternehmen zur Bekämpfung von Falschinformationen veröffentlicht. Die Berichte konzentrieren sich auf Desinformationen betreffend Impfungen gegen COVID-19 und erfassen die im Januar 2021 ergriffenen Maßnahmen. Die Unternehmen haben den EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen von 2018 unterzeichnet und berichten seit Juni 2020 monatlich über ihre Anstrengungen, Desinformationen über COVID-19 zu verringern. Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová hatte die Unternehmen am 22.02.2021 aufgerufen, ihre Bemühungen beim Kampf gegen Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 zu verstärken. Sie erklärte, die Impfdiplomatie werde von „Propagandawellen durch ausländische Akteure“ begleitet und rief die Plattformen dazu auf, weitere Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, dass schädliche und gefährliche Desinformationen aus dem In- und Ausland den Kampf gegen das Virus untergraben.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/reports-january-actions-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

Kommission; „HERA-Inkubator“ zur Bekämpfung der COVID-19 Mutanten vorgestellt

Die Kommission hat am 17.02.2021 den „Hera-Inkubator“ zur Bekämpfung der COVID-19 Mutanten vorgestellt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte den HERA-Inkubator in der Plenarrede am 10.02.2021 angekündigt. Mit dem HERA-

Inkubator soll eine öffentliche-private Partnerschaft im Rahmen einer biologischen Notfallvorsorge zur Bekämpfung von COVID-19 Mutanten eingerichtet werden. Diese basiert auf drei Säulen: 1. Die beschleunigte Identifikation und Erforschung neuer Mutanten; 2. Die beschleunigte Zulassung bei der Marktzulassung von Adaptionen bereits zugelassener Impfstoffe an Mutanten; 3. Der Ausbau der Produktionskapazitäten. Um diese Vorhaben umzusetzen, sieht die Kommission die Einrichtung von Vaccelerate vor, einem EU-Netzwerk für die Kooperation im Bereich klinischer Studien. Zudem werden EU-Förderungen zum Ausbau der Genomsequenzierung und Datenaustausch hierzu aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont vorgesehen. Hinsichtlich der Marktzulassung von Impfstoffadaptionen strebt die Kommission an, den administrativen Prozess analog zu den regulatorischen Vorgaben für die jährlich angepassten Grippeimpfstoffe zu straffen. Zum Ausbau der Produktionskapazitäten soll diese in Zusammenarbeit mit den Herstellern im EU-Projekt „EU-FAB“ vorangetrieben werden. Zudem sieht die Mitteilung vor, neue Kaufvereinbarungen für Impfstoffe mit EU-Mitteln abzuschließen. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-hera-incubator-anticipating-threat-covid-19-variants_en.pdf

Rat; Einigung zu Zeitnischenregelung für den Flughafenverkehr

Der Rat hat am 15.02.2021 eine Verordnung zur Änderung der Verordnung 95/93 förmlich angenommen (Vgl. BaB 03/2021). Mit dieser Änderung wird eine vorübergehende Entlastung von den Vorschriften für die Nutzung von Flughafen-Slots aufgrund der COVID-19-Pandemie erreicht. Nach der Aktualisierung der Slot-Nutzungsregeln müssen die Fluggesellschaften nur noch 50% ihrer geplanten Start- und Landeplätze für die Sommersaison 2021 nutzen, um sie in der folgenden Saison zu halten. Auf diese Weise sollen Geisterflüge verhindert werden. Die Verordnung wird nun von EP und Rat unterzeichnet und im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/15/covid-19-transport-measures-council-signs-off-on-slots-and-licences/>

EFSA; Empfehlungen zur Verbesserung der Überwachung von SARS-CoV-2 bei Nerzen

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte am 18.02.2021 einen mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) erstellten Bericht, in dem Möglichkeiten für Überwachungsstrategien vorgeschlagen werden, die der Prävention und Eindämmung der Ausbreitung von SARS-CoV-2 in Nerzzuchtbetrieben in der Europäischen Union dienen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass alle Nerzzuchtbetriebe als durch SARS-CoV-2 gefährdet angesehen werden sollten und dass die Überwachung neben der passiven Überwachung durch Züchter und Tierärzte auch aktive Maßnahmen wie Tests bei Tieren und Mitarbeitern umfassen sollte. Der Bericht wurde von der Europäischen Kommission angefordert, nachdem es im Jahr 2020 zu Ausbrüchen von SARS-CoV-2 in Nerzzuchtbetrieben in ganz Europa gekommen war. Bis Januar 2021 wurde das Virus in 400 Nerzzuchtbetrieben in acht Ländern in der EU nachgewiesen. <https://www.efsa.europa.eu/de/news/sars-cov-2-mink-recommendations-improve-monitoring>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Schlussfolgerungen zum Militärputsch in Myanmar veröffentlicht

Der Rat der EU hat am 22.02.2021 seine Schlussfolgerungen zum Militärputsch in Myanmar veröffentlicht, der am 01.02.2021 stattgefunden hat. Die EU betonte hierbei, dass sie zur Bevölkerung Myanmars stehe und rief alle Beteiligten zur Deeskalation der Lage auf. Es müsse zu einem Ende der Notstandslage gefunden werden und die legitime zivile Regierung wiederhergestellt werden. Dazu müsse das neugewählte Parlament unverzüglich einberufen werden und der Präsident des Landes U Win Myint und alle anderen im Zusammenhang mit dem Putsch Verhafteten sofort bedingungslos freigelassen werden. Die EU betonte nochmals, dass sie dialogbereit sei, verdeutlichte aber ebenfalls, dass sie bereitstehe, entsprechende Sanktionen auf den Weg zu bringen, die die Verantwortlichen des Putschs und deren ökonomische Interessen direkt treffen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/48555/st06287-en21.pdf>

Kommission; 39 Mio. EUR für die am meisten Betroffenen in Bangladesch und Myanmar

Die Kommission hat am 23.02.2021 verkündet, 39 Mio. EUR an humanitärer Hilfe zu leisten, um die Bedürfnisse von vertriebenen oder vom Konflikt betroffenen Menschen in Bangladesch und Myanmar zu befriedigen. Der Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič sagte dazu, dass die ohnehin schon prekäre humanitäre Situation in der Region durch den Militärputsch in Myanmar noch verschlimmert werden könnte. In Bangladesch käme verschlimmernd hinzu, dass die Corona-Pandemie derzeit ungehindert wüte und die Situation in den dortigen Flüchtlingslagern sich täglich verschlimmere. Besonders die zusätzliche Hilfe für die staatenlosen Rohingya, die seit vielen Jahrzehnten eine Heimat in Bangladesch gefunden haben, sei überlebenswichtig. Die humanitäre Hilfe wird in beiden Ländern dafür genutzt werden, die Betroffenen mit grundlegendsten Lebensmitteln bzw. Unterkünften zu versorgen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_681

Rat; Tagung anlässlich des neunten EU-Tadschikistan-Kooperationsrates.

Die Mitglieder des EU-Tadschikistan-Kooperationsrates kamen am 19.02.2021 zu ihrer neunten Tagung zusammen, um Bilanz zu den positiven Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen zu ziehen. Hauptsächlich befasste man sich aber mit den politischen und sozioökonomischen Entwicklungen des Landes. Tadschikistan bedankte sich an dieser Stelle für die finanzielle Unterstützung der EU im Zuge der COVID-19-Pandemie. Die EU bestärkte Tadschikistan zudem darin, die Erfolgsbilanz im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten weiter zu verbessern. Die EU hat dabei bestätigt, Tadschikistan weiterhin in seinem Reformprozess zu unterstützen, um auch die sozioökonomische Lage der Bevölkerung zu verbessern. Ferner wird die EU das Land in den Schwerpunktbereichen Gesundheit, Bildung und ländliche Entwicklung unterstützen. Zudem begrüßte die EU die Bemühungen des Landes, in der regionalen Zusammenarbeit und die Anstrengungen Tadschikistans zur Stabilität Afghanistans beizutragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2021/02/19/eu-tajikistan/>

Kommission; 3 Mio. EUR humanitäre Hilfe für Konfliktbetroffene in Bergkarabach

Die Europäische Kommission hat am 02.02.2021 verkündet, 3 Mio. EUR an zusätzlicher humanitärer Hilfe für konfliktbetroffene Zivilisten in Bergkarabach zu leisten. Der Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič kommentierte hierzu, dass die humanitäre Situation weiterhin besorgniserregend sei und durch den kalten Winter noch zusätzlich verschärft wurde. Die humanitäre Hilfe der EU soll dazu beitragen, die betroffene Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen. Dies wird

sich hauptsächlich auf Essen, Unterkünfte und Winterkleidung beziehen. Hintergrund der prekären humanitären Lage ist die andauernde militärische Konfrontation zwischen Armenien und Aserbaidschan, die zu zivilen Zwischenfällen und Vertreibungen geführt hat.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_665

Kommission; Strategie zu größerem EU-Engagement im multilateralen System

Die Europäische Kommission und der hohe Vertreter haben am 17. 02. 2021 eine neue Strategie vorgelegt, um den Beitrag der EU zum regelbasierten Multilateralismus zu stärken. Die Strategie enthält Erwartungen und Ambitionen der EU an und für das multilaterale System. Die EU solle laut Kommission alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Frieden und Sicherheit in der Welt zu fördern und für Menschenrechte und das Völkerrecht einzutreten. Der Fokus liege ganz klar darauf, das multilaterale System und bilaterale Allianzen so zu reformieren, dass sie gemeinsame und nachhaltige Lösungen für globale Herausforderungen finden können. Das soll erreicht werden, in dem die EU ihre Werte und Prioritäten international verteidigt und durch noch engere internationale Partnerschaften ein stärkeres Europa hervorhebt, das sich in der Welt einbringt.

https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/en_strategy_on_strengthening_the_eus_contribution_to_rules-based_multilateralism.pdf

Rat; EU-Außenminister beschließen neue Sanktionen gegen Russland

Die EU-Außenminister haben am 22. 02. 2021 bei einer strategischen Diskussion über die Beziehungen zwischen der EU und Russland beschlossen, an weiteren Sanktionen für russische Verantwortliche zu arbeiten, die an den Menschenrechtsverletzungen der letzten Wochen direkt beteiligt waren. Während der Debatte wurde festgestellt, dass Russland sich weiterhin zu einem autoritären Staat entwickelt und von Europa wegbewegt. Der hohe Vertreter Josep Borrell sagte hierzu, dass die Sanktionen als direkte Antwort auf die Ereignisse rund um die Festnahme Alexei Nawalnyjs zu verstehen seien und gegen die gerichtet seien, die für seine Festnahme, Verurteilung und Inhaftierung verantwortlich seien. Die Minister haben ihre gemeinsame Haltung gegenüber Russland bestärkt und werden weiterhin jede Art des Verstoßes gegen Menschenrechte und das Völkerrecht entschieden zurückweisen. Außerdem entschieden die Minister, die Unterstützung für all jene, die Menschenrechte und zivile Freiheiten in Russland zu verteidigen versuchen, zu intensivieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/02/22/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Europäische Parlamentarische Woche – Konferenz mit nationalen Parlamenten

Zum Auftakt der jährlich stattfindenden Europäischen Parlamentswoche, in der sich MdEP und nationale Parlamentarier treffen, um über die wirtschaftspolitische Steuerung der EU zu diskutieren, kamen die Präsidenten des Europäischen Parlaments und des portugiesischen Parlaments sowie die Chefs des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der UN, des IWF und der Europäischen Zentralbank (EZB) am 22.02.2021 zusammen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, MdEP David Sassoli (S&D/ITL), erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass die durch die Pandemie ausgelöste Krise eine direkte Folge eines Wirtschaftssystems sei, das auf der maximalen Ausbeutung von Ressourcen basiere, und dass sie mehr denn je die Unhaltbarkeit dieses

Wirtschaftsmodells aufzeige. Die EU-Finzen und ein Überdenken der wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumente seien wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Erholung und Transformation der EU, stellte er fest.

Der portugiesische Parlamentspräsident Ferro Rodrigues (S&D/PTL) betonte die Notwendigkeit, die Instrumente der EU-Wirtschaftsregierung zu überdenken, um den Aufschwung der EU nicht abzutöten. Fortschritte müssen auf EU-Ebene bei der europäischen Säule der sozialen Rechte gemacht werden, sagte er und erinnerte daran, dass die Pandemie die soziale Ausgrenzung erheblich verschärft habe.

UN-Generalsekretär António Guterres wies auf die Gefahren einer ungleichen Erholung von der Krise auf globaler Ebene hin und sagte, dass die Ausbreitung des Impfstoffs bereits darauf hinweise, dass es zu Ungleichheiten kommen werde. Die Klimaziele müssten ganz oben auf der globalen Agenda bleiben, betonte er und hob hervor, dass die Bedrohung durch den Klimawandel mit der Ankunft der Pandemie nicht verschwunden sei.

Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, warnte vor ungleichen Erholungen zwischen den Ländern, auch in der EU selbst, und sagte, dass dies, wenn es unkontrolliert bliebe, zu großen Divergenzen im Jahr 2021 und einer langsameren Konvergenz der Volkswirtschaften über Jahrzehnte hinweg führen könnte. Sie warnte auch davor, die akkommodierende Politik voreilig zu beenden und sagte, dass eine solche unterstützende Fiskalpolitik von Strukturreformen begleitet werden sollte, um die Wirtschaft grüner und digitaler zu machen.

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, sagte, dass die Volkswirtschaften, die nach der Pandemie entstehen, um Klima- und digitale Prioritäten herum aufgebaut werden müssen. Die EU-Fonds und Politiken, die zur Bewältigung der Pandemie entwickelt wurden, müssen auf die Bedürfnisse der jungen Generation ausgerichtet sein, die erheblich gelitten hat, fügte er hinzu.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, betonte das Potenzial der EU-Fonds der nächsten Generation (NGEU) und sagte, dass sie entscheidend für die Gestaltung einer grüneren, digitaleren und integrativeren EU-Wirtschaft sein könnten. Sie fügte hinzu, dass die nationalen Parlamente eine konstruktive Rolle dabei spielen müssen, diese EU-Fonds in lokales Wachstum zu verwandeln.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde betonte, wie wichtig es sei, die Volkswirtschaften weiterhin abzuschirmen und gleichzeitig an ihrer Transformation zu arbeiten. Sie betonte auch die Bedeutung des NGEU und die Notwendigkeit, dass die nationale Ebene ihre Rolle spielt.

Während des Treffens der Abgeordneten der Wirtschafts- und Währungsausschüsse diskutierten die Parlamentarier mit Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni und dem Präsidenten der Eurogruppe, Paschal Donohoe über Wege zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Erholung. Die Debatte konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, die expansive Fiskalpolitik in der nahen Zukunft beizubehalten und gleichzeitig die Chance zu nutzen, die sich durch die Pandemie bietet, um die Nachfrage und das Wachstum in die richtige Richtung zu lenken, weg von alten Wirtschaftsmodellen.

In der Debatte über den EU-Haushalt, der im Mittelpunkt des Konjunkturprogramms steht, appellierten Haushaltskommissar Johannes Hahn und die Abgeordneten aus den Haushaltsausschüssen nachdrücklich an die Abgeordneten der 20 verbleibenden EU-Länder, den Eigenmittelbeschluss zügig zu ratifizieren, um das Konjunkturprogramm schnell umzusetzen. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente plädierten für eine größere Rolle ihrer Institutionen angesichts der neuen Zwei-Säulen-Finanzierung, bei der der langfristige EU-Haushalt durch die NGEU ergänzt wird, die mit auf den Märkten geliehenem Geld finanziert wird, und bei der die neuen Eigenmittel an Bedeutung gewinnen, um die EU-Finanzierung zu stärken.

Eine Sitzung der Umwelt- und Gesundheitspolitiker diskutierte die Synergien zwischen dem Europäischen Green Deal und dem Weg zum Aufbau einer widerstandsfähigeren Europäischen Gesundheitsunion. Sie konzentrierten sich auf die Frage, wie das Konzept des nachhaltigen Wachstums als Leitprinzip für die Konjunktur- und Resilienzpläne gefördert werden kann, um die aktuelle Pandemiekrise als Katalysator für einen grüneren Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaften zu nutzen.

In der Debatte zwischen den Parlamentariern der Sozialausschüsse wurde diskutiert, wie die 20 Prinzipien der Europäischen Säule sozialer Rechte als Weg aus der Krise konkret und umsetzbar gemacht werden sollten. Die Mehrheit der Redner betonte, dass die soziale Dimension im Mittelpunkt der nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne stehen sollte, um den digitalen und grünen Übergang zu unterstützen.

https://multimedia.europarl.europa.eu/en/european-parliamentary-week-4402-pk?package_detail_portlet PackageDetailPortlet_selectedDate=22%2F02%2F2021

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 16.02.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Erweiterungspaket 2020“ und „Neues Migrations- und Asylpaket“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche und thematische Debatten zu folgenden Themen statt: „Neue Strategie für eine verstärkte Anwendung der Grundrechtecharta in der EU“, „Konferenz zur Zukunft Europas: Aussichten für eine Stärkung des Europäischen Ausschusses der Regionen im institutionellen Gefüge“ sowie „Desinformation, Verschwörungstheorien und Proteste gegen COVID-19-Maßnahmen“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173948&meetingSessionId=2216780>

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 17.02.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Rassismus 2020-2025“, „Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan“, „Angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union“ sowie „Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche und Orientierungsdebatten zu folgenden Themen statt: „Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte aus lokaler und regionaler Perspektive“, „Ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft“, „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025“ sowie „Zukunftsplan für Pflegekräfte und Betreuung – Lokale und regionale Chancen für eine europäische Herausforderung“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174147&meetingSessionId=2217033>

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 26.02.2021 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei wurden Meinungsaustausche zu folgenden Arbeitsdokumenten geführt: „Die Zukunft der Regionalf Flughäfen – Herausforderungen und Chancen“ und „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“.

Wirtschaft

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts zu den Befugnissen nationaler Gerichte bei einer Nichtumsetzung einer Richtlinie

Generalanwalt Michal Bobek hat am 14.01.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-64/20 vorgelegt. Es geht dabei um die Frage, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, mit der einem Gericht ein Ermessen darüber eingeräumt wird, ob es Rechtsschutz, und gegebenenfalls in welcher Form, gegenüber einem Kläger gewährt, der geltend macht, die Behörden hätten eine Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Ein Irisch-Muttersprachler hat vor dem Hohen Gerichtshof in IRL beanstandet, dass in IRL die auf der Verpackung und der Packungsbeilage von Tierarzneimitteln erforderlichen Angaben nur auf Englisch gemacht werden müssen, statt wie von der EU-Richtlinie 2001/82 verlangt in allen nationalen Amtssprachen, also auch Gälisch. Der Hohe Gerichtshof will vom EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchen im Wesentlichen wissen, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung oder Praxis entgegensteht, nach der die nationalen Gerichte über ein Ermessen bei der Entscheidung darüber verfügen, ob und gegebenenfalls in welcher Form sie einem Kläger, der geltend macht, dass die Behörden eine Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt hätten, Rechtsschutz gewähren, wenn die Klage begründet ist. Der Generalanwalt Michal Bobek hat vorgeschlagen, dem Hohen Gerichtshof dahingehend zu antworten, dass das Unionsrecht, insbesondere die Grundsätze der Verfahrensautonomie und des wirksamen gerichtlichen Rechtsschutzes, einer solchen nationalen Regelung oder Praxis nicht entgegensteht. Es sei Sache des vorliegenden Gerichts, sicherzustellen, dass zwischen der Art des geltend gemachten Rechts, der Schwere seiner Verletzung oder des erlittenen Schadens und der Art des begehrten Rechtsschutzes und demzufolge der von ihm gewährten (oder gegebenenfalls nicht gewährten) Abhilfe zugunsten des Klägers ein angemessenes Verhältnis besteht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236432&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Kommission; Übernahme von Varian durch Siemens unter Auflagen freigegeben

Die Kommission hat am 23.02.2021 die Übernahme von Varian Medical Systems (Varian) durch die Siemens AG (Siemens) freigegeben. Varian ist ein weltweit aufgestellter Anbieter von medizinischen Geräten und Softwarelösungen für die Behandlung von Krebs durch Strahlentherapie und andere fortschrittliche Behandlungsmethoden. Die Kommission hatte Bedenken, dass das Vorhaben in der ursprünglich angemeldeten Form zum Ausschluss von Wettbewerbern auf den Märkten für Lösungen für die diagnostische Bildgebung und für Strahlentherapielösungen führen könnte. Um diese Wettbewerbsbedenken auszuräumen, sagte Siemens zu, in den betroffenen Märkten Abhilfemaßnahmen für zehn Jahre einzuführen. Unter der Berücksichtigung der Maßnahme, kam die Kommission zu dem Schluss, dass es zu keiner relevanten Wettbewerbsverzerrung kommt. Die Genehmigung ist an die Bedingung geknüpft, dass die Abhilfemaßnahmen vollständig umgesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_704

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Apleona durch PAI

Die Kommission hat am 22.01.2021 die Übernahme des deutschen Unternehmens Apleona Group GmbH (Apleona) durch das französische Unternehmen PAI Partners SAS (PAI) genehmigt. Apleona ist auf dem Gebiet des integrierten Infrastrukturmanagement und Immobilienmanagement einschließlich aller kommerziellen Dienstleistungen sowie Immobilienmarketing und -leasing spezialisiert. PAI verwaltet und berät Fondsholdinggesellschaften, die in verschiedenen Bereichen, wie Unternehmensdienstleistungen, Konsumgüter, Industriegüter und Gesundheit, tätig sind. Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass die geplante Übernahme angesichts ihrer sehr begrenzten Auswirkungen auf die Marktstruktur keine Wettbewerbsbedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_742

Kommission; Vorstellung der neuen Handelsstrategie

Die Kommission hat am 18.02.2021 ihre Handelsstrategie für die kommenden Jahre vorgestellt. Diese trägt dem Konzept der offenen strategischen Autonomie Rechnung und beruht auf der Bereitschaft der EU, durch die Förderung des ökologischen und digitalen Wandels zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen. Zudem rücken die Stärkung des Multilateralismus und die Reformbemühungen, die für faire und nachhaltige globale Handelsregeln sorgen sollen, wieder in den Mittelpunkt. Sollte dies erforderlich sein, will die EU bei der Verteidigung ihrer Interessen und Werte Durchsetzungsfähigkeit demonstrieren. Die Kommission beabsichtigt prioritär, die Reformen aller Funktionen der Welthandelsorganisation (WTO) weiterzuverfolgen. Der Schwerpunkt soll sich dabei in einem ersten Schritt auf ein Paket von Reformen konzentrieren, die einen Beitrag der WTO zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Zudem will man auf die durchgängige Berücksichtigung von Fragen der Nachhaltigkeit in der Arbeit der Organisation hinarbeiten. Die Verhandlungen über strengere Regeln sollen aufgenommen werden, um Wettbewerbsverzerrungen aufgrund staatlicher Eingriffe zu vermeiden. Die Kommission ist auch entschlossen dafür zu sorgen, dass Handelsinstrumente den globalen Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft begleiten und unterstützen, sowie Wertschöpfungsketten fördern, die kreislauffähig, verantwortungsvoll und nachhaltig sind. Um die Unterstützung des digitalen Wandels und des Handels mit Dienstleistungen voranzutreiben plant die Kommission den raschen Abschluss eines ehrgeizigen und umfassenden WTO-Übereinkommens. In diesem sollen der digitale Handel und Bestimmungen zur Stärkung des Verbrauchervertrauens geregelt werden. Auch wird u.a. eine Stärkung der Partnerschaften der EU mit Nachbarstaaten, Erweiterungsländern und Afrika angestrebt. Außerdem wird u.a. ein stärkerer Schwerpunkt der EU auf die Durchsetzungsfähigkeit der Handelsabkommen gesetzt.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/february/tradoc_159438.pdf

Rat, EP; Verschärfte Handelsregeln in Kraft

Die Präsidenten des EP und des Rates unterzeichneten eine Aktualisierung der sog. EU-Durchsetzungsverordnung (Verordnung (EU) 654/2014) über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln. Die Änderungen beinhaltet zum einen, dass bei einer blockierten Handelsstreitigkeit die Kommission tätig werden kann, um die europäischen Handelsinteressen zu schützen und zum anderen, dass der Anwendungsbereich der Verordnung auf Dienstleistungen und bestimmte handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums ausgeweitet wird. Die Aktualisierung trat am 13.02.2021 in Kraft.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210215-instrumente-handelsregeln_de

Eurostat; China überholt 2020 erstmals USA als wichtigsten Handelspartner

Die Statistikbehörde Eurostat hat am 15.02.2021 mitgeteilt, dass sich das Handelsvolumen mit China um 7,8% auf 586 Mrd. EUR erhöht hat. Somit hat das chinesische Handelsvolumen das der USA, welches sich auf 555 Mrd. EUR belief, überholt und ist nun der größte Handelspartner der EU. Insgesamt exportierten die 27 EU-Staaten im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1,93 Billionen EUR ins Ausland. Dies war ein Rückgang von 9,4% gegenüber 2019. Die Einfuhren gingen um 11,6% auf 1,71 Billionen EUR zurück. Deutlich ging nach dem Brexit auch der Handel mit GBR zurück. Die Im- und Exporte verringerten sich um jeweils ca. 13%.

https://ec.europa.eu/eurostat/documents/portlet_file_entry/2995521/6-15022021-BP-DE.pdf/bdb78fe5-986f-6333-3d8a-0ae13f3c5019

Kommission; Neuer Aktionsplan für den Ostseeraum

Die Kommission begrüßte am 17.02.2021 die Annahme eines aktualisierten Aktionsplans der EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR). Der Plan strebt einen umweltfreundlichen und digitalen Übergang an, wobei das Wiederherstellungspaket „NextGenerationEU“ optimal genutzt und die Politik an den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden soll. Der neue Aktionsplan soll die Investitionen im Zeitraum der Programmplanung für die Kohäsionspolitik von 2021 bis 2027 leiten und junge Menschen in den Umsetzungsprozess einbeziehen. Die EUSBSR ist die erste makroregionale Strategie der EU. Sie wurde 2009 gegründet, um eine politische Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Ländern im Ostseebecken und seinem Hinterland zu bieten.

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/news/2021/02/17-02-2021-new-action-plan-of-the-eusbsr-macro-regional-strategy-for-boosting-resilience-and-recovery-in-the-baltic-sea-region

Kommission, Konsultation für Zwangsmaßnahmen bei Handelsstreitigkeiten

Die Kommission veröffentlichte am 17.02.2021 eine Konsultation für einen Vorschlag für eine Verordnung zu „Handelsstreitigkeiten – Mechanismus, um Zwangsmaßnahmen durch Drittstaaten abzuwenden und diesen entgegenzuwirken“. Die Konsultation läuft bis zum 17.03.2021. Mit dieser Initiative soll ein Mechanismus geschaffen werden, der es der EU ermöglicht, gegen Praktiken von Drittstaaten vorzugehen, die versuchen, die EU oder ihre Mitgliedstaaten dazu zu drängen, bestimmte politische Maßnahmen zu ergreifen oder zurückzuziehen. Ziel ist es, solche Zwangsmaßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht abzuwenden oder ihnen entgegenzuwirken.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12803-Instrument-to-deter-and-counteract-coercive-actions-by-third-countries->

EuG; Klage von Ryanair wegen französischer Beihilfen abgewiesen

Das Gericht der EU (EuG) entschied in der Rechtssache T-259/20 Ryanair gegen die Kommission mit Urteil vom 17.02.2021, dass das von FRA im Rahmen der COVID-19 Pandemie eingeführte Zahlungsmoratorium für Steuern zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen mit einer französischen Genehmigung im Einklang mit dem Unionsrecht steht. Diese Beihilferegulung ist aus Sicht des EuG zur Beseitigung der durch die COVID-19 Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden angemessen und stellt keine Diskriminierung dar. Gegen das Urteil des EuG kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim EuGH eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-259/20>

EuG; Klage von Ryanair wegen schwedischer Beihilfen abgewiesen

Das Gericht der EU (EuG) wies mit Urteil vom 17.02.2021 in der Rechtssache T-238/20 Ryanair gegen die Kommission die Klage von Ryanair ab. Die von SWE im Rahmen der COVID-19 Pandemie eingeführte Regelung über Darlehensgarantien zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen mit einer schwedischen Betriebsgenehmigung, mit der eine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben dieses Mitgliedstaats behoben werden soll, steht laut EuG im Einklang mit dem Unionsrecht. Für die betreffende Regelung gilt laut EuG die Vermutung, dass sie im Interesse der Union erlassen wurde. Gegen das Urteil des EuG kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim EuGH eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=T-238/20>

Kommission; Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, Verteidigungs- und Weltraumindustrie

Die Kommission hat am 22.02.2021 einen Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und Weltraumindustrie vorgelegt, um den technologischen Vorsprung Europas auszubauen und die industrielle Basis zu unterstützen. Europa soll sich geopolitischen Herausforderungen besserstellen können und seine industrielle Basis erhalten, um auf den geopolitischen Wettbewerb zu reagieren und seine technologische Souveränität zu stärken. Das Hauptziel des Aktionsplanes ist, dass disruptive Potenzial von Technologien an der Schnittstelle zwischen Verwendungszwecken im Verteidigungs- und Weltraumsektor und im zivilen Bereich zu erforschen und zu nutzen. Besonders die Bereiche Cloud-, Prozessoren-, Cyber- und Quantentechnologie sowie künstliche Intelligenz stehen im Mittelpunkt des Aktionsplanes. Darüber hinaus sollen drei Vorzeigeprojekte in den Gebieten der Drohnentechnologie, weltraumgestützte sichere Konnektivität und Weltraumverkehrsmanagement den gesteckten Zielen zuträglich sein. Dieser Aktionsplan ist zwar auf Programme und Instrumente der EU beschränkt, kann aber aufgrund der Kofinanzierung von EU-Projekten durch die Mitgliedstaaten ähnliche positive Synergieeffekte auf nationaler Ebene anstoßen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/action_plan_on_synergies_en.pdf

Kommission; Konsultation zu Beihilfavorschriften

Die Kommission hat am 23.02.2021 eine öffentliche Konsultation zu den überarbeiteten Beihilfavorschriften für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) gestartet. Die Konsultation läuft bis zum 20.04.2021. Die aktuelle Mitteilung über die Regeln für staatliche Beihilfen für IPCEI wurde von der Kommission im Rahmen der Eignungsprüfung für staatliche Beihilfen bewertet. Die Bewertung ergab, dass die derzeitigen Bestimmungen insgesamt gut funktionieren und ein wirksames Instrument sind, um die Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zu unterstützen. Trotzdem schlägt die Kommission einige gezielte Anpassungen vor, um den bei der Anwendung der geltenden Regeln gewonnenen Erfahrungen und den aktuellen Prioritäten der EU künftig besser Rechnung tragen zu können.

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2021_ipcei/index_en.html

EP; Erster Meinungsaustausch zur neuen Ausrichtung der EU-Handelspolitik

Am 24.02.2021 stellte der Vizepräsident der Kommission und Handelskommissar Valdis Dombrovski seine neue Handelsstrategie (vgl. oben) im Ausschuss für internationalen Handel vor. Die meisten MdEP begrüßten die Neuausrichtung der EU-Handelspolitik. Eingangs wurde festgestellt, dass viele der Vorschläge des EP aus der Entschließung vom November 2020 aufgegriffen wurden. Dies gelte für Europas Erholung und dem Übergang zum Europäischen Green Deal, die Nachhaltigkeit, und Fairness der Globalisierung und die zunehmenden Bereitschaft Europas, seine

wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Kritisiert wurde u.a. die fehlende Durchsetzbarkeit von Nachhaltigkeit, der mangelnde Fokus auf einen fairen Handel und die nicht ausreichende Berücksichtigung von wirtschaftlichen Ungleichheiten in der neuen Handelsstrategie. Kritisiert wurde u.a. in Bezug auf China, dass ein Investitionsabkommen mit Taiwan derzeit nicht zu den Zielen der neuen Handelsstrategie gehöre. Auch ging es in der Diskussion um die Diversifizierung von Lieferketten, um eine garantierte Versorgung u.a. von Halbleitern sicherzustellen, aber auch um mögliche Sanktionen im Falle von Nichteinhaltung von Umwelt- und Arbeitsstandards.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210224IPR98606/new-direction-of-eu-trade-policy-meps-assess-the-review-in-debate>

Kommission; Konsultation zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit

Die Kommission hat am 24.02.2021 eine Konsultation zu dem Verordnungsvorschlag zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit (BAR) gestartet. Mit der BAR sollen die wirtschaftlichen Folgen der am schwersten von den Auswirkungen des Brexits betroffenen Mitgliedstaaten und Sektoren abgemildert werden. Die Rückmeldungen sollen in das laufende EU- Gesetzgebungsverfahren einfließen. Die Konsultation geht bis zum 21.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12917-Proposal-for-a-Regulation-Regional-and-urban-Policy>

EP; Anhörung zum EU-Mercosur Abkommen

Am 25.02.2021 führte Ausschuss für internationalen Handel eine Anhörung mit Experten und Interessenträgern über das Abkommen zwischen den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und der EU durch. Der Botschafter von Argentinien, dessen Land gegenwärtig die Präsidentschaft der Mercosur-Staaten innehat, kam als erstes zu Wort und sprach über die aus seiner Sicht bestehenden Vorteile für beide Vertragsparteien. Er sprach aber auch an, dass die Mercosur-Staaten bereit seien, zusätzliche Verpflichtungen in Umweltfragen anzugehen, wofür aber Finanzmittel erforderlich seien. Die Umweltauswirkungen des Abkommens, vor allem die Abholzungen des Regenwaldes und die Arbeitsbedingungen in den Mercosur-Staaten, aber auch die Auswirkungen auf den Agrarsektor waren die Hauptthemen in der anschließenden Expertenanhörung. Unter den Abgeordneten gab es sehr unterschiedliche Wortmeldungen. Mehrere MdEP äußerten sich dahingehend, dass die EU das Feld nicht ihren geopolitischen Gegnern überlassen dürfe, während andere sich dafür aussprachen, das Abkommen neu zu verhandeln. Viele MdEP warten gegenwärtig auf das Ergebnis der laufenden Gespräche der Kommission und den Mercosur-Staaten über zusätzliche Verpflichtungen zur Vorratifizierung in Umweltfragen, wie Entwaldung und Klimawandel.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210219IPR98224/eu-mercotur-meps-divided-on-the-trade-deal>

EuGH; Verbot einer Doppelbestrafung wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung

Der EuGH entschied mit Urteil vom 25.02.2021 in der Rechtssache C-857/19, dass die Slovak Telekom, die von der Kommission wegen des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung auf dem Markt bestimmter Telekommunikationsdienstleistungen verurteilt wurde, auch von den slowakischen Behörden wegen eines derartigen Missbrauchs auf dem Markt anderer Telekommunikationsdienstleistungen mit Sanktionen belegt werden konnte. Am 21.12.2007 erließ die slowakische Wettbewerbsbehörde eine Entscheidung, mit der

festgestellt wurde, dass Slovak Telekom ihre beherrschende Stellung auf dem slowakischen Markt für Telekommunikation missbraucht habe. Am 08.04.2009 leitete die Kommission ein Verfahren gegen Slovak Telekom wegen behaupteter Missbräuche einer beherrschenden Stellung auf dem slowakischen Markt für Breitbandzugangsdienste auf Vorleistungsebene ein. Sie erließ am 15.10.2014 einen entsprechenden Beschluss. Am 09.04.2009 änderte der Rat der Monopolbekämpfungsbehörde der SLK die Entscheidung der slowakischen Wettbewerbsbehörde ab und verhängte gegen Slovak Telekom eine Geldbuße wegen eines Missbrauchs einer beherrschenden Stellung. Das Oberstes Gericht hat Zweifel, ob die Verurteilung von Slovak Telekom wegen eines in einer Margenbeschnidung bestehenden Missbrauchs einer beherrschenden Stellung sowohl durch die slowakischen Behörden als auch durch die Kommission mit dem Grundsatz des Verbots der Doppelbestrafung vereinbar ist. Der EuGH weist darauf hin, dass wenn die Kommission ein solches Verfahren einleitet, die Zuständigkeit der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten zur Verfolgung derselben Unternehmen wegen derselben mutmaßlich wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen entfällt, die auf dem- oder denselben Märkten – Produktmärkten oder geografischen Märkten – in dem- oder denselben Zeiträumen erfolgt sind. Im vorliegenden Fall ergebe sich aber, dass die Kommission ein Verfahren gegen Slovak Telekom wegen behaupteter Missbräuche einer beherrschenden Stellung auf dem Markt für Breitbandzugangsdienste auf Vorleistungsebene eingeleitet hatte. Dahingegen betraf das Verfahren vor der slowakischen Wettbewerbsbehörde behauptete Missbräuche einer beherrschenden Stellung, die dieses Unternehmen auf den Vorleistungs- und Endkundenmärkten für Telefondienste und Zugangsdienste zu langsamen „Dialup“-Internetverbindungen begangen hat.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238166&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1494297>

Rat; informelle Videokonferenz des Wettbewerbsfähigkeitsrats

Die Ministerinnen und Minister für den Binnenmarkt und Industrie führten auf ihrer informellen Sitzung am 25.02.2021 eine Grundsatzdebatte darüber, wie nationale Wiederaufbau- und Resilienzpläne am besten als Instrument zur Erreichung industriepolitischer Ziele genutzt werden können. Sie waren sich weitgehend einig, dass der Wettbewerbsfähigkeitsrat eine herausragende Rolle bei der Umsetzung der Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit spielen und die zu tätigen Investitionen koordinieren und anleiten sollte. Die Teilnehmer unterstrichen, wie wichtig die Gewährleistung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes ist. Sie betonten die Notwendigkeit der Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten vor der Einführung von temporären Kontrollmaßnahmen an den Binnengrenzen innerhalb der EU. Auch die strategische Autonomie der EU müsse weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen. Die EU müsse ihre Abhängigkeiten in kritischen Sektoren und Produkten wie der Impfstoffproduktion und Halbleitern reduzieren. Viele Minister betonten die Rolle von Forschung und Innovation. Die Minister forderten die Kommission auf, die oben genannten Ideen bei der Fertigstellung ihrer Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa zu berücksichtigen. Es fand zudem auf der Sitzung eine Orientierungsaussprache über die Mitteilung der Kommission zur neuen Verbraucheragenda statt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/02/25/>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation über Bußgelder für Verstöße gegen Typgenehmigungsvorschriften

Die Kommission hat am 11.02.2021 die Konsultation zu einem Entwurf einer delegierten Verordnung über Bußgelder für Verstöße gegen Typgenehmigungsvorschriften für Kraftfahrzeuge (aktualisierte Anforderungen) begonnen. Die Teilnahme an der Konsultation ist noch bis zum 11.03.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12902-Update-of-the-regulatory-acts-and-requirements-for-the-type-approval-of-vehicles>

Kommission; Konsultation zur Computerreservierungssysteme im Luftverkehr

Die Kommission hat am 23.02.2021 eine Konsultation zu einem Vorschlag für eine Verordnung über Computerreservierungssysteme im Luftverkehr gestartet. Durch die Verbreitung des Internets hat sich die Art und Weise, wie Flüge gebucht werden, in den letzten zehn Jahren stark verändert. Deshalb müssen die EU-Vorschriften über den Vertrieb von Flugscheinen über Computerreservierungssysteme daraufhin überprüft werden, ob sie noch zweckmäßig sind. Bis zum 18.05.2021 können Vorschläge eingebracht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12507-Possible-revision-of-the-Code-of-Conduct-for-computerised-reservation-systems-CRS->

Kommission; Konsultation über eine Vorschrift zur Übermittlung von Daten zum Kraftstoffverbrauch

Die Kommission hat am 18.02.2021 eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung, welcher sich mit der Übermittlung von Daten zum Kraftstoffverbrauch befasst, gestartet. Nach dem EU-Umweltrecht müssen die Hersteller von neuen schweren Nutzfahrzeugen Prüfungen im Fahrbetrieb auf der Straße durchführen, um die Emissionen und den Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge zu bestimmen, und diese Angaben den zuständigen nationalen Behörden übermitteln. Die Mitgliedstaaten müssen ihrerseits diese Angaben an die Kommission weiterleiten, damit diese die Fortschritte bei der Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der EU überwachen kann. Mit der delegierten Verordnung wird im Einzelnen geregelt, wie diese Angaben der Kommission zu übermitteln sind. Die Konsultationsfrist endet am 18.03.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12502-Monitoring-of-HDV-on-road-tests-VTP->

E n e r g i e

Rat; Finanzierung des ITER

Der Rat fasste am 22.02.2021 einen Beschluss, dass die Fortsetzung der europäischen Finanzierung für das Projekt „Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor“ (ITER) im Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021-2027 sichergestellt werden soll. Der vorläufige europäische Beitrag zu dem Projekt für den Zeitraum 2021-2027 beläuft sich auf 5,61 Mrd. EUR.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/22/fusion-energy-council-approves-iter-financing/>

Kommission; Konsultation über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Am 22.02.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2010/31/EU) eröffnet. Am 14.10.2020 hat die Kommission ihre Strategie für eine Renovierungswelle vorgelegt, um neue Impulse für die energetische Gebäudesanierung in der EU zu setzen. Diese Strategie umfasst einen Maßnahmenplan mit rechtlichen, finanziellen und unterstützenden Maßnahmen und dem Ziel, die jährliche Renovierungsquote in diesem Bereich bis 2030 mindestens zu verdoppeln. Dazu sollen auch die einschlägigen EU-Vorschriften überarbeitet werden, die in der Richtlinie über die Gesamtgebäudeenergieeffizienz festgelegt sind. Die Konsultation läuft bis zum 22.03.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12910-Revision-of-the-Energy-Performance-of-Buildings-Directive-2010-31-EU>

Digital

Kommission; Revision der Roaming-Verordnung

Die Kommission hat am 24.02.2021 einen Vorschlag zur Revision der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (sog. Roaming-Verordnung) vorgelegt. Dies ist notwendig, weil die seit 2017 in der EU geltenden Roaming-Regeln im Juni 2022 auslaufen. Mit der Verordnung hatte die EU Roamingentgelte für Reisende in der EU sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen mit Wirkung zum 15.06.2017 abgeschafft. Die neue Verordnung soll das Verbot der Roamingentgelte für Endkunden entsprechend der geltenden Verordnung um weitere zehn Jahre verlängern. Außerdem werden Roamingvorleistungsentgelte (d.h. die Entgelte, die sich die Betreiber untereinander für die Nutzung ihrer Netze in Rechnung stellen) in zwei Stufen (ab 2022 und dann ab 2025) weiter gesenkt. Weitere Änderungen betreffen u.a. die Qualität der Dienste und den Zugang zu Notfallnummern.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/proposal-regulation-european-parliament-and-council-roaming-public-mobile-communications>

EP; Aussprache zu Digital Services Act und Digital Markets Act

Der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) hat am 23.02.2021 mit der exekutiven Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, eine Aussprache über die Vorschläge für einen Digital Services Act (DSA) und einen Digital Markets Act (DMA) geführt. Schwerpunkte der Diskussion waren die Stärkung des Verbraucherschutzes, insbesondere mit Blick auf Online-Marktplätze, der Schutz der Meinungsfreiheit, Interoperabilität und ein Verbot personalisierter Werbung. Auf Forderungen, Online-Marktplätzen Verantwortlichkeit für unsichere Produkte in gleichem Maße wie Importeuren im „Offline-Handel“ aufzuerlegen, reagierte Vizepräsidentin Vestager zurückhaltend. Dies würde dazu führen, dass es bald keine Marktplätze mehr gebe; anders sei dies zu bewerten, wenn die Marktplätze selbst als Händler auftreten. Hinsichtlich des von einigen MdEPs geforderten Verbots personalisierter Werbung erklärte sie, es gehe vielmehr darum, die Transparenz zu erhöhen und den Nutzern Möglichkeiten zu geben, der Nutzung ihrer Daten für Werbung zu widersprechen. Der IMCO will Ende des Jahres über die Vorschläge abstimmen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/imco/meetings/webstreaming>

Kommission, Europäische Investitionsbank; Studie zu Risikokapital und 5G

Die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben am 23.02.2021 eine Studie zur Risikokapitalfinanzierung und dem 5G-Ausbau veröffentlicht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU deutlich mehr in 5G-Projekte investieren muss, um das volle Potenzial von Innovationen zu erschließen. Es bestehe eine Finanzierungslücke von 4,6 bis 6,6 Mrd. EUR pro Jahr zwischen Europa und den USA in Bezug auf die Risikokapitalfinanzierung für das 5G-Innovationsökosystem. Eine Erhöhung der Kapitalbeteiligungen sowohl in der Früh- als auch in der Wachstumsphase digitaler Startups werde der Schlüssel zur weiteren Entwicklung und Einführung von 5G-Technologien sein. Eine Schlüsselempfehlung der Studie ist, sowohl über die nationalen Haushalte als auch über die EU-Programme wie den Recovery and Resiliency Fund und InvestEU ausreichend öffentliches Kapital für das 5G-Ökosystem bereitzustellen, um zusätzliche Investitionen des Privatsektors zu katalysieren.

<https://www.eib.org/en/publications/accelerating-the-5g-transition-in-europe>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung; Marie-Curie-Fellowships; Förderung

Die Kommission hat am 15.02.2021 bekannt gegeben, dass sie im Rahmen der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 insgesamt 1.630 MSCA-Forschungsprojekte von Postdoktoranden finanzieren wird. Die Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) leisten einen wichtigen Beitrag in der europäischen Forschung, um Grundlagen für die Spitzenforschung zu schaffen. Die MSCA-Maßnahmen fördern Mobilität, Internationalisierung und Kooperation in der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft. An den MSCA-Ausschreibungen der Kommission können Forschende aller Disziplinen teilnehmen. In dieser letzten Ausschreibungsrunde gehen rund 328 Mio. EUR finanzielle Unterstützung von der EU an Forschungsprojekte, die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Europa und weltweit sowie in Unternehmen verfolgt werden. Die meisten erfolgreichen Anträge wurden von Postdocs aus Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland und Indien eingereicht. Die fünf Top-Gastländer sind das Vereinigte Königreich, Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland. Die Geförderten werden an Projekten zu globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Gesundheit und Migration und in Bereichen forschen und die für die Schwerpunkte im neuen Forschungsprogramm Horizont Europa relevant sind, darunter Krebs, intelligente Städte, Böden und gesunde Ozeane. Die Liste der einzelnen Fellowships liegt aktuell noch nicht vor. Die MSCA gelten als eine der Erfolgsgeschichten der EU-Forschungs- und Innovationsförderung und werden im neuen EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ ab September 2021 fortgeführt. Seit 01.01.2021 fördert auch das Land Hessen über das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) auf Antrag mehrere Forscherinnen und Forscher für deren exzellente Forschungsvorhaben in Hessen. Für den Fall der Überzeichnung des EU-Programms können Forschende einen Antrag auf ein „Marie-Sklodowska-Curie-Stipendium Hessen“ im HMWK stellen. Bedingung ist die Auszeichnung mit dem „Exzellenzsiegel“ (Seal of Excellence) der Kommission. Ein Antrag kann seitens der antragstellenden hessischen Einrichtung (z.B. Hochschule) innerhalb von vier Monaten nach Erteilung des Exzellenzsiegels beim HMWK gestellt werden.

<https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/>

Kommission; Forschung; „European Research & Innovation Days“ im Juni 2021

Die Kommission hat am 15.02.2021 bekanntgegeben, dass wie im letzten Jahr auch die diesjährigen „European Research & Innovation Days“ als virtuelle Konferenz stattfinden werden. Alljährlich lädt die Generaldirektion Forschung und Innovation (GD RTD) Akteure aus der Forschungscommunity zu Diskussionen und Seminaren rund um die aktuelle EU-Forschungspolitik, aber insbesondere auch zu den Neuerungen im Forschungsrahmenprogramm und EU-Fördermöglichkeiten ein. In diesem Jahr ist die Zusammenkunft besonders interessant, da mit dem neuen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa zu Beginn der neuen siebenjährigen Förderperiode die inhaltlichen Prioritäten, Forschungsziele und neuen Ausschreibungen behandelt werden. Termin für die „R&I Days“ ist der 23./24.06.2021. Die Konferenz richtet sich an Interessierte aus Forschung, Politik, Wirtschaft und die breitere Öffentlichkeit. Auch die gemeinsamen Initiativen zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums und aktuelle Fragestellungen zur Rolle von Forschung und Innovation bei der Überwindung der Corona-Pandemie sollen diskutiert werden.

https://ec.europa.eu/info/news/save-date-european-research-innovation-days-take-place-23-24-june-2021-feb-15_en?s=09

Kommission; Forschung; erste Partnerschaften für Horizont Europa

Die Kommission hat am 23.02.2021 vorgeschlagen, im Rahmen des neuen Forschungsrahmenprogramms zehn neue Partnerschaften mit Mitgliedstaaten und der Industrie einzurichten. Hierdurch soll in den kommenden Jahren gemeinsam an thematischen Forschungsagenden gearbeitet werden. Mit dem Start von Horizont Europa ist hierzu ein neuer formeller Beschluss der EU-Institutionen notwendig. Das Ziel der stärkeren Digitalisierung und der Verwirklichung des europäischen Grünen Deal spiegelt sich in der Palette der neuen vorgeschlagenen Partnerschaften. Einige der Partnerschaften basieren auf bereits existierenden „Joint Undertakings“ im Rahmen von Horizont 2020. Für die genannten Partnerschaften wird die EU voraussichtlich rund 10 Mrd. EUR bereitstellen, die von Partnern um mindestens denselben Betrag aufgestockt werden sollen. Partnerschaften werden zur Bewältigung europäischer oder globaler Herausforderungen nur für die Fälle gegründet, in denen sie die Ziele von Horizont Europa wirksamer erreichen können als ohne Partnerbeteiligung und wirksamer im Vergleich zu anderen Programmteilen. Die zehn vorgeschlagenen Partnerschaften sind: Globale Gesundheitspolitik (EDCTP 3), Initiative zu Innovation im Gesundheitswesen, Digitale Schlüsseltechnologien, Kreislauforientiertes biobasiertes Europa, Sauberer Wasserstoff, Saubere Luftfahrt, Europas Eisenbahnen, Forschung zum Flugverkehrsmanagement im einheitlichen europäischen Luftraum (SESAR 3), Intelligente Netze und Dienste, Metrologie. In den folgenden Jahren werden diese Partnerschaften Forschungsprojekte ausschreiben, um deren Teilnahme sich verschiedenste Akteure mit Know-How in den jeweiligen Bereichen bewerben können. Mit der Liste dieser Partnerschaften hat die Kommission einen Entwurf für gemeinsame EU-weite Bestimmungen vorgelegt, die nun von Rat und EP beraten werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_702

Kommission; Europäischer Forschungsrat; neue Ausschreibungen für Grants

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 22.02.2021 neue Ausschreibungen für die renommierten ERC-Grants für exzellente Forschende in Europa veröffentlicht. Der ERC ist ein fester Bestandteil im ersten Pfeiler von Horizont Europa, dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU. Insgesamt sind mit den neuen Ausschreibungen rund 1,9 Mrd. EUR budgetiert. Rund zwei Drittel des Budgets sind für Forschende in ihrer Anfangskarriere bzw. im Mid-Career-Stadium vorgesehen. Mit dem Budget können vsl. rund 1000 Projekte finanziert werden. Zugleich dürften insgesamt durch Sekundäreffekte europaweit bis zu 6.860 Stellen entstehen, etwa für

Doktorandinnen und Doktoranden. Die ERC Starting Grants können vom 25.02.21 bis 08.04.21 beantragt und die Consolidator Grants von 11.03.21 bis 20.04.21 beantragt werden. Die Advanced Grants für sehr erfahrene Forschende können vom 20.05.21 bis 31.08.21 beantragt werden.

<https://erc.europa.eu/news/erc-kicks-off-horizon-europe>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Regeln für Nachhandelsdienstleistungen gestartet

Die Kommission hat am 12.02.2021 zwei miteinander verbundene Konsultationen gestartet, um Meinungen zu dem Regelwerk für Nachhandelsdienstleistungen an den Finanzmärkten einzuholen. Die Antworten sollen in einen Bericht der Kommission an das EP und den Rat einfließen. Bei der aktuellen Überprüfung geht es um eine Reihe von Fragen, die sich laut der Kommission seit der letzten Überprüfung der Richtlinie über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und –abrechnungssystemen (SFD) und der eng damit verbundenen Richtlinie über Finanzsicherheiten (FCD) in den Jahren 2008 und 2009 ergeben hätten. Die Rückmeldungsfrist der Konsultation läuft bis zum 07.05.2021.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210212-regeln-nachhandelsdienstleistungen_de

Rat; Maßnahmen für den leichteren Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln verabschiedet

Der Rat hat am 15.02.2021 die geplanten Änderungen bei der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) und der Prospektverordnung angenommen. Zuvor hatte das EP am 10.02.2021 diese verabschiedet. In Verbindung mit den Anpassungen am EU-Rahmen für Verbriefungen sind die Maßnahmen Teil des Ende 2020 zwischen Rat und EP vereinbarten Maßnahmenpakets zur Erholung der Kapitalmärkte. Ziel der konkret verabschiedeten Maßnahmen ist es, den betroffenen Unternehmen in der EU die Rekapitalisierung auf den Finanzmärkten nach der COVID19-Krise zu erleichtern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/15/capital-markets-recovery-package-council-adopts-first-set-of-measures-to-help-companies-access-funding/>

ESRB; Bericht zu Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf die Finanzstabilität veröffentlicht

Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) hat am 16.02.2021 einen Bericht über die Auswirkungen der COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz der Realwirtschaft auf die Finanzstabilität veröffentlicht. Danach habe die fiskalische Reaktion zur Unterstützung der Realwirtschaft die Kreditvergabe stabilisiert und das Finanzsystem funktioniere weiterhin. Aufgrund potentieller noch bevorstehender Risiken werden in dem Bericht auch politische Prioritäten in Bezug auf die Gestaltung und Dauer der Maßnahmen, eine verbesserte Transparenz und Berichterstattung sowie die Vorberatung auf nachteilige Szenarien vorgeschlagen. Je länger die Krise andauere und je schwächer die wirtschaftliche Erholung sei, desto größer sei das Risiko, dass Verluste im nichtfinanziellen Sektor auf den Finanzsektor übergreifen würden.

https://www.esrb.europa.eu/pub/pdf/reports/esrb.reports210216_FSI_covid19~cf3d32ae66.en.pdf

EBA; Konsultation mit Blick auf die Beurteilung von Verstößen gegen Obergrenze für Großkredite gestartet

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 17.02.2021 eine Konsultation zu den Kriterien eingeleitet, anhand derer die zuständigen Behörden einen Verstoß gegen die Obergrenze für Großkredite gem. Art. 395 Abs. 1 der sog. Kapitaladäquanzverordnung bewerten sollen. Die Leitlinien sollen ab dem 01.03.2022 gelten. In ihnen erfolge die Klarstellung, dass ein Verstoß gegen die Obergrenze immer als Ausnahmefall anzusehen sei. Danach sollen die zuständigen Behörden bei der Bewertung eines Verstoßes berücksichtigen, ob der Verstoß ein seltenes Ereignis war, ob das Institut das Ereignis habe vorhersehen können und ob es aus Gründen verursacht worden sei, die außerhalb der Kontrolle des Instituts liegen. Im Falle des Nichterfüllens der Kriterien sollen Banken maximal drei Monate Zeit bekommen, um die Einhaltung der Obergrenze wiederherzustellen. Die Konsultation läuft bis zum 17.05.2021.

<https://www.eba.europa.eu/eba-consults-guidance-assess-breaches-large-exposure-limits>

EZB; Veröffentlichung des Jahresergebnisses für 2020

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 18.02.2021 ihren Jahresgewinn für 2020 bekanntgegeben. Der Überschuss sank dabei von rd. 2,4 Mrd. EUR im Vorjahr auf gut 1,6 Mrd. EUR. Den Rückgang von 722 Mio. EUR führt die EZB vor allem auf geringere Zinseinnahmen zurück. Der Gesamtumfang der EZB-Bilanz wuchs um 112 Mrd. EUR auf 569 Mrd. EUR (2019: 457 Mrd. EUR). Dieser Anstieg sei v.a. auf die Wertpapierankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) und des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) zurückzuführen. Der EZB-Gewinn wird komplett an die nationalen Zentralbanken des EUR-Raums ausgezahlt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210218~abc490c20e.de.html>

Kommission; Aufforderungsschreiben an DEU, PTL und ROM wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Richtlinie zur Geldwäschebekämpfung

Die Kommission hat am 18.02.2021 im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens ein Aufforderungsschreiben an DEU, PTL und ROM gerichtet, weil diese Mitgliedstaaten (MS) die 4. Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche nicht ordnungsgemäß umgesetzt hätten. Die Umsetzungsfrist lief am 27.06.2017 ab. Damit wurde nunmehr der erste von fünf formellen Schritten eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Die Kommission vertritt die Ansicht, dass die betroffenen MS grundlegende Aspekte des Rahmens zur Bekämpfung der Geldwäsche angehen müssten. Insbesondere beträfe dies den ordnungsgemäßen Informationsaustausch zwischen den zentralen Meldestellen (FIU), die Sorgfaltspflichten bei der Feststellung der Kundenidentität, eine angemessene Zusammenarbeit zwischen den FIUs sowie die Transparenz der zentralen Register wirtschaftlicher Eigentümer. Die betroffenen MS haben nun zwei Monaten Zeit, um ihre Argumente gegenüber der Kommission vorzubringen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210218-kampf-gegen-geldwaesche_de

EP; ECON-Aussprache zu GameStop und ähnlichen aktuellen Marktereignissen

Im Rahmen einer Aussprache mit den Mitgliedern des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) standen am 23.02.2021 den MdEP der stellvertretende Generaldirektor der GD für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA), Ugo Bassi, und der Vorsitzende der Europäischen

Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), Steven Maijor, zu den möglichen Auswirkungen der GameStop-Aktienrally für die europäischen Finanzmärkte Rede und Antwort. Maijor betonte, dass die Ereignisse rund um die GameStop-Aktie nicht dazu führen dürften, dass Privatanleger von den Kapitalmärkten ausgeschlossen würden. Er unterstrich, wie wichtig es sei, dass Investoren Vertrauen in die Märkte hätten. So berühre der Fall GameStop diverse Kontrollfragen rund um den Schutz von Anlegern und des Marktmissbrauchs. Das Geschehen in den USA sei durch Online-Foren wie Reddit und soziale Medien befeuert worden. Daraufhin sei es durch eine künstliche Aktienpreisblase zu einem "Short Squeeze" gekommen. Leerverkäufer seien zur Auflösung von Wetten auf den Verfall des Kurses der GameStop-Aktie gezwungen gewesen. Da Leerverkäufe in der EU allerdings deutlich höheren Transparenzaufgaben unterlägen, sieht Maijor in der EU kein geeignetes Umfeld für solche Manöver. Insgesamt seien auch die EU-Regeln für sog. Payment for Order Flow-Geschäfte (PFOF) ausreichend. Ugo Bassi wies darauf hin, dass die Kommission derzeit an einer neuen Strategie für Privatanlegerinvestitionen arbeite, die im ersten Halbjahr 2022 veröffentlicht werden solle. Diese Strategie werde den Einsatz neuer Technologien, digitaler Plattformen und das durch soziale Medien mitbestimmte Verbraucherverhalten berücksichtigen. Ziel sei es, Investitionen von Privat- und Kleinanlegern an den Kapitalmärkten so sicher wie möglich zu machen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210219IPR98218/lessons-from-gamestop-meps-enquire-about-trading-apps-and-investor-protection>

Finanzen

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 15.02.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Format der EUR-Gruppe. Auf der Tagesordnung der virtuellen Sitzung standen insbesondere der wirtschaftliche Ausblick für den Euroraum, die Lage der Unternehmen und die internationale Rolle des EUR. Am 16.02.2021 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die Ministerinnen und Minister thematisierten unter anderem eine Reihe von Themen zur wirtschaftlichen Erholung in der EU (Wiederaufbaufonds, SURE-Programm zur Finanzierung der Kurzarbeit und die Konjunkturaussichten).

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/02/16/>

Rat; Dominica wird in die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke aufgenommen

Der Rat hat am 22.02.2021 Schlussfolgerungen zur überarbeiteten EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke angenommen. Dabei hat er beschlossen, Dominica in die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete aufzunehmen und Barbados von dieser Liste zu streichen. Die Liste enthält Länder und Gebiete in der ganzen Welt, die entweder keinen konstruktiven Dialog mit der EU über ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich aufgenommen haben oder ihren Verpflichtungen zur Umsetzung von Reformen, die zur Einhaltung einer Reihe objektiver Kriterien für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich erforderlich wären, nicht nachgekommen sind. Diese Kriterien betreffen die Steuertransparenz, die Steuergerechtigkeit und die Umsetzung internationaler Standards, durch die die Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung verhindert werden sollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/22/taxation-council-adds-dominica-to-the-eu-list-of-non-cooperative-jurisdictions-and-removes-barbados/>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 0,9% gestiegen

Am 23.02.2021 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Januar 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 0,9% gegenüber -0,3% im Dezember. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,4% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Januar bei 1,2% gegenüber 0,3% im Dezember. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in GRI (-2,4%), SLO (-0,9%) und CYP (-0,8%) gemessen, die höchsten in POL (3,6%), HUN (2,9%), und CZR (2,2%). Im Januar kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Dienstleistungen (+0,65%) gefolgt von Industriegütern ohne Energie (+0,37%), Lebensmittel, Alkohol und Tabak (+0,3%) sowie Energie (-0,41%). Die Inflationsrate in DEU betrug im Januar 1,6%.

https://ec.europa.eu/eurostat/documents/portlet_file_entry/2995521/2-23022021-AP-DE.pdf/fdaaaec8-3dea-584b-2d5a-fc0fa88c513e

EuGH; Keine doppelte Nacherhebung der Verbrauchsteuer bei vorschriftswidriger Ausführung innerhalb der EU

Mit Urteil vom 24.02.2021 hat der EuGH in der Rechtssache Agenzia delle Dogane/Silcompa SpA (C-95/19) entschieden, dass bei der vorschriftswidrigen Ausführung eines verbrauchsteuerpflichtigen Erzeugnisses wie z. B. Alkohol innerhalb der Union die Entscheidungen der Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten nicht zu einer doppelten Nacherhebung der betreffenden Steuern führen dürfen. Der ausführende Mitgliedstaat, der die Verbrauchsteuer aufgrund der vorschriftswidrigen Überlassung des Erzeugnisses aus dem Verfahren der Steueraussetzung bereits eingezogen hat, kann es daher ablehnen, einem Ersuchen des einführenden Mitgliedstaats um Einziehung nachzukommen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=B04D9CB79DCEFB3BF49D000BEF6FC0D2?text=&docid=238141&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1460984>

Soziales

EuGH; Schlussanträge zur religiösen Neutralitätspolitik am Arbeitsplatz (C-804/18 und C-341/19)

Der Generalanwalt des EuGHs hat am 25.02.2021 die Schlussanträge zur Frage des Neutralitätsprinzips und des Tragens von Kopftüchern am Arbeitsplatz vorgelegt. Beide Fälle C-804/18 und C-341/19 beziehen sich auf die Anwendung des Neutralitätsprinzips in DEU. Geklagt hatten eine Angestellte einer Kindertagesstätte sowie die einer Drogeriekette. Die Kindertagesstätte verbietet es sämtlichen Mitarbeitern mit Kundenkontakt, am Arbeitsplatz sichtbare Zeichen ihrer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugungen zu tragen. Die Drogeriekette schränkt dies bei auffälligen und großflächigen Zeichen ein. Beide Klägerinnen sahen in den Regelungen, die dem Tragen eines Kopftuches am Arbeitsplatz entgegenstehen, eine Diskriminierung ihrer Person aufgrund ihrer Religion. In seinen Schlussanträgen sieht Generalanwalt Rantos, dass die Neutralitätspolitik der Unternehmen prinzipiell mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung vereinbar sein kann. Diese Einschränkungen müssten jedoch kohärent und systematisch angewandt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238167&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1534540>

EuGH; Urteil zu Voraussetzungen für Elternurlaub (C-129/20)

Der EuGH hat am 25.02.2021 ein Urteil zur Frage des Rechts auf Elternurlaub vorgelegt. Geklagt hatte eine Luxemburgerin gegen den Sozialversicherungsträger „Zukunftskasse“. Dieser hatte ihr den Antrag auf Elternurlaub mit der Begründung abgelehnt, dass die Klägerin zum Zeitpunkt der Geburt der Kinder keine entgeltliche Beschäftigung ausgeübt hatte. Gegenstand des Rechtsstreits war, inwiefern das luxemburgische Recht mit der europäischen Richtlinie zur Gewährung von Elternurlaub vereinbar ist. In LUX wird dieser an zwei Bedingungen geknüpft: 1. Eine ununterbrochene Beschäftigung von einem Jahr unmittelbar vor Beginn des Elternurlaubes. 2. Die betroffene Person muss zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein. In dem Urteil kommt der Gerichtshof zu dem Schluss, dass die Anforderung einer durchgängigen Beschäftigung von mindestens einem Jahr mit europäischem Recht vereinbar ist. Die Gewährung von Elternurlaub nur beim Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Geburt sei jedoch nicht mit dem Europarecht vereinbar. Die einschlägige Richtlinie ziele darauf, die Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben für erwerbstätige Eltern zu fördern. Die luxemburgische Regelung würde dieses von der RL eingeräumte individuelle Recht für all jene einschränken, die bei der Geburt oder Adoption ihres Kindes keiner Beschäftigung nachgingen, aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238165&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1534601>

Kommission; Konsultation zur Plattformarbeit gestartet

Die Kommission hat am 24.02.2021 die erste Phase der Konsultation zum Thema Plattformarbeit eingeleitet. Mit der Initiative möchte die Kommission die Belange von Arbeit im Kontext der Digitalisierung stärker ins Blickfeld nehmen. Bei den Geschäftsmodellen von Online-Plattformen handelt es sich um einen rasant wachsenden Wirtschaftszweig, von dem die Kommission sich positive Beiträge für neue Beschäftigungsmöglichkeiten und flexiblere Arbeitsmodelle erhofft. Zugleich moniert sie teils prekäre Arbeitsbedingungen, eine oftmals mangelnde Transparenz der Vertragsbedingungen für die Beschäftigten sowie einen in der Regel eingeschränkten Zugang zum Sozialschutz. Da die den Plattformen zugrundeliegenden Geschäftsmodelle einen grenzüberschreitenden Charakter aufweisen, sieht die Kommission hier die Notwendigkeit für eine EU-Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten. Vor diesem Hintergrund hat sie nun eine Konsultation der europäischen Sozialpartner gestartet, um deren Ansichten hinsichtlich des Bedarfs für EU-Maßnahmen in diesem Bereich sowie deren möglicher Ausgestaltung einzuholen. Das Arbeitsprogramm der Kommission sieht vor, bis Ende 2021 eine gesetzgeberische Initiative hierzu vorzulegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_686

EuGH; Ungleichbehandlung auch zwischen Menschen mit Behinderung einschlägig (C-16/19)

Der EuGH hat am 26.01.2021 ein Urteil zu einer Vorabentscheidung gefällt, inwiefern eine Ungleichbehandlung innerhalb einer Gruppe von Menschen mit Behinderung vorliegen kann. Geklagt hatte eine Frau VL, die im Zeitraum von 2011-2016 bei einem polnischen Krankenhaus angestellt war. Ihr wurde die Anerkennung einer Behinderung im Dezember 2011 zugestellt, die sie umgehend dem Arbeitgeber übermittelte. Der Direktor hatte sich zum Ziel gesetzt, die Summe der Beiträge des Krankenhauses an

den Staatsfonds für die Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen zu mindern. Hierfür traf er nach einem Treffen mit dem Personal im zweiten Halbjahr 2013 folgende Entscheidung: Arbeitnehmer, die ihre Bescheinigung über die Anerkennung ihrer Behinderung nach diesem Treffen einreichten, würde ein Zuschlag zum monatlichen Arbeitsentgelt gewährt. Dies führte dazu, dass 13 Arbeitnehmer in den Genuss des Zuschlags kamen, während die 16 Arbeitnehmer diesen nicht erhielten, die die Bescheinigung bereits eingereicht hatten. Hiergegen hatte VL geklagt. Das befassende polnische Gericht hatte Zweifel, inwiefern die europäische Gleichbehandlungsrichtlinie auch bei einer unterschiedlichen Behandlung innerhalb einer Gruppe von Menschen mit Behinderung einschlägig sei. Der EuGH urteilte, dass auch eine Ungleichbehandlung innerhalb einer Gruppe eine Diskriminierung darstellen könne, die dem Grundsatz der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf entgegenstehe. <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236963&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1534760>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Neue Energieeffizienzklassen für Elektrogeräte

Ab dem 01.03.2021 gibt es für bestimmte Elektrogeräte neue Energielabel. Die Energielabel geben zwar weiterhin Auskunft über die Energieeffizienz von Elektrogeräten, jedoch wird es neue Einteilungen geben. Um eine größere Verständlichkeit für Verbraucher zu erreichen und den Weg für innovativere und energieeffizientere Produkte zu ebnen, soll das derzeitige Energielabel mit Energieklassen von A+++ bis D in den kommenden Jahren schrittweise durch eine neue, einfachere Skala von A bis G ersetzt werden.

https://ec.europa.eu/info/news/focus-improved-eu-energy-label-paving-way-more-innovative-and-energy-efficient-products-2021-lut-16_en

Rat; Schlussfolgerungen zu neuer Verbraucheragenda

Der Rat nahm am 22.02.2021 Schlussfolgerungen zur neuen Verbraucheragenda der Kommission an. Ziel der Ratsschlussfolgerungen sei es, politische Leitlinien für das breite Spektrum der von der Kommission in der Agenda angekündigten Maßnahmen vorzugeben, wobei hervorgehoben wurde, dass Verbraucheranliegen in andere Sektoren spezifische EU-Strategien, beispielsweise im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel, einbezogen werden müssten. Hervorgehoben wurde auch die Bedeutung des Verbrauchervertrauens für die Förderung der wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Krise. Ebenfalls begrüßte der Rat die Absicht der Kommission, in künftigen Legislativvorschlägen Fragen wie das „Recht auf Reparatur“, den Online- und Offline-Verbraucherschutz und die Produktsicherheit sowie die Vermeidung von Überschuldung anzugehen. Er unterstrich auch die Notwendigkeit, im Bereich der Digitalisierung Kohärenz mit den jüngsten Vorschlägen wie dem Gesetz über digitale Dienste herzustellen, das auf ein hohes und umfassendes Verbraucherschutzniveau abzielt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/22/new-consumer-agenda-council-adopts-conclusions/#>

Kommission; Konsultation zu Etikettierungsvorschriften für bestimmte Spirituosen-Mischungen

Die Kommission veröffentlichte am 24.02.2021 einen Entwurf für eine für das zweite Quartal 2021 geplante delegierte Verordnung. Die Initiative zielt auf eine Klarstellung der Etikettierungsvorschriften für bestimmte Mischungen und Verschnitte von

Spirituosen ab, insbesondere wenn sie sich aus Spirituosen mit verschiedenen geografischen Angaben zusammensetzen oder Mischungen von Spirituosen mit und ohne geografische Angabe darstellen. Rückmeldungen sind bis zum 24.03.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12765-Spirit-Drinks-labelling-provisions-for-certain-blends>

EuGH; Urteil zum partiellen Zugang zu Gesundheitsberufen (C-940/21)

Der EuGH hat am 25.02.2021 ein Urteil zur Frage des Zugangs zu Gesundheitsberufen vorgelegt. Das französische Recht sieht bei im EU-Ausland erworbenen Berufsqualifikationen die Möglichkeit eines partiellen Zugangs zu Gesundheitsberufen vor. Dies bedeutet, dass die Berufszulassung von z.B. Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern und Pflegerinnen auf bestimmte Tätigkeitsfelder eingeschränkt werden kann. Gegen diese Praxis hatten mehrere Berufsverbände geklagt, die darin einen Verstoß gegen die Anerkennung von Berufsqualifikationen sahen. In seinem Urteil kommt der EuGH jedoch zu dem Schluss, dass dies nicht prinzipiell gegen die europarechtlichen Vorgaben hierzu verstoße. Vielmehr baue der partielle Zugang Mobilitätshindernisse für Angehörige von Gesundheitsberufen ab, bei denen die Qualifikationen im Ausbildungsland nicht deckungsgleich mit denen des Aufnahmemitgliedstaates seien und die demnach ggf. keinen bestehenden Beruf entsprechender Tätigkeit ausüben könnten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238172&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1535034>

EuGH; Schlussanträge legen Zugang zur Gesundheitsversorgung bei tatsächlicher Integrationsverbindung nahe (C-535/19)

Der Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard hat am 11.02.2021 seine Schlussanträge zur Frage vorgelegt, inwiefern ein Mitgliedstaat (MS) einen wirtschaftlich inaktiven Unionsbürger vom staatlichen Krankenversicherungsschutz ausschließen kann. Gegenstand des Rechtsstreits ist die Frage, inwiefern ein MS der EU (LET) einem wirtschaftlich inaktiven Unionsbürger den Zugang zum umfassenden staatlichen Krankenversicherungsschutz verwehren kann. In seiner bisherigen Rechtsprechung hat der EuGH die Linie verfolgt, dass dem Bürger eines anderen EU-MS durch den Aufnahmemitgliedstaat die gleichen Bedingungen wie Inländern verweigert werden konnten, solange sie sich dort nicht fünf Jahre lang rechtmäßig aufgehalten und ein Recht auf Daueraufenthalt erworben hatten. LET hatte dies trotz Erfüllung der Bedingung einem Unionsbürger mit der Begründung verwehrt, dass hierdurch der Erhalt des finanziellen Gleichgewichts seines Systems der sozialen Sicherheit gefährde. Der Generalanwalt legt dem Gericht, dass sich mit der Vorlagefrage an den EuGH gewandt hatte, nahe, den Zugang bei tatsächlicher Integrationsverbindung des Unionsbürgers mit dem MS zu gewährleisten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=237646&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1535247>

U m w e l t

Kommission; Neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel

Die Kommission nahm am 24.02.2021 eine neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel an, die den Weg zur Vorbereitung auf die unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels weisen soll. Aufbauend auf der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel von 2013 zielen die Vorschläge darauf ab, den

Schwerpunkt vom Verständnis des Problems auf die Entwicklung von Lösungen zu verlagern und von der Planung zur Umsetzung überzugehen. Unter anderem soll durch eine Vertiefung des Wissens über Klimaauswirkungen und Anpassungslösungen, eine Verbesserung der Anpassungsplanung und der Bewertung von Klimarisiken, eine Beschleunigung von Anpassungsmaßnahmen und einen Beitrag zur Stärkung der weltweiten Klimaresilienz darauf hingearbeitet werden, eine klimaresiliente Gesellschaft aufzubauen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_663

Kommission; Klage gegen DEU wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie

Die Kommission kündigte am 18.02.2021 an, DEU vor dem EuGH verklagen zu wollen, da das Land seine Verpflichtungen im Rahmen der Habitat-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen nicht eingehalten habe. Gemäß der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten besondere Schutzgebiete ausweisen und gebietsspezifische Erhaltungsziele sowie entsprechende Erhaltungsmaßnahmen festlegen, um einen günstigen Erhaltungszustand der dortigen Arten und Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Frist für die Vollendung der notwendigen Maßnahmen für alle Gebiete in DEU ist in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen. Die Kommission übermittelte bereits 2015 ein Aufforderungsschreiben. Im Jahr 2019 folgte ein ergänzendes Aufforderungsschreiben und im Februar 2020 eine mit Gründen versehene Stellungnahme.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_412

Kommission; LIFE Programm - Investitionen in Umwelt-, Natur-, und Klimaschutzprojekte

Am 17.02.2021 kündigte die Kommission Investitionen in Höhe von 121 Mio. EUR für neue integrierte Projekte im Rahmen des LIFE-Programms für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz an. Die Mittel wurden im Vergleich zum Vorjahr um 20 % aufgestockt und dienen der Finanzierung von zwölf Projekten zur Förderung eines umweltfreundlichen Aufschwungs in insgesamt elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland. Die Projekte unterstützen Pläne zur koordinierten Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzvorschriften in großem räumlichen Maßstab. Die LIFE-Investitionen sollen zudem ergänzende Mittel aus anderen EU-Quellen mobilisieren, darunter die Agrar-, Struktur- und Regionalfonds und Horizont 2020, ebenso wie nationale und regionale Mittel und private Investitionen. In LET, der SLK, ITL, NDL und DEU sollen fünf Naturschutzprojekte durch eine verbesserte Verwaltung des Natura-2000-Netzes und eine bessere Verbindung der Schutzzonen dazu beitragen, im Einklang mit der Biodiversitätsstrategie der EU für 2030 natürliche Ökosysteme wiederherzustellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_501

Kommission; Globale Allianz für Kreislaufwirtschaft und effiziente Ressourcennutzung

Am Rande der fünften UN-Umweltversammlung hat die EU am 22.02.2021 in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und in Abstimmung mit der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen die Global Alliance on Circular Economy and Resource Efficiency (GACERE) ins Leben gerufen. Die Allianz wurde im EU-Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft angekündigt, der von der Europäischen Kommission im März 2020 als Teil des europäischen Grünen Deals verabschiedet wurde.

https://ec.europa.eu/environment/news/eu-launches-global-alliance-circular-economy-and-resource-efficiency-2021-02-22_en

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin zur Überprüfung der Zulassung des Weichmachers DEHP

Die Generalanwältin Juliane Kokott legte am 25.02.2021 ihre Schlussanträge zur Rechtssache C-458/19 P betreffend die Überprüfung der Zulassung des Weichmachers DEHP für die Verwendung von DEHP-haltigem, recyceltem Weich-PVC vor. In diesen schlägt die Generalanwältin dem Gerichtshof vor, das vorangegangene Urteil des Gerichtshofs und die ablehnende Überprüfungsentscheidung der Kommission aufzuheben, weil sie hingenommen hätten, dass die Zulassung von DEHP auf einer unvollständigen Abwägung beruht. Die Abwägung des sozioökonomischen Nutzens gegenüber dem verbleibenden Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt hätte nicht auf die reproduktionstoxischen Eigenschaften von DEHP beschränkt werden dürfen. Vielmehr hätten auch die zu diesem Zeitpunkt bereits bekannten endokrinen Eigenschaften berücksichtigt werden müssen. Die Organisation ClientEarth hatte zuvor die Kommission aufgefordert, die Zulassung der Verwendung von DEHP-haltigem, recyceltem Weich-PVC in drei Recyclingunternehmen angesichts der den Hormonhaushalt beeinflussenden Eigenschaften von DEHP zu überprüfen. Diese lehnte eine Überprüfung ab.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-02/cp210026de.pdf>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zu aktualisierten Rechtsvorschriften zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die Kommission nahm am 15.02.2021 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Aktualisierung von EU-Rechtsvorschriften für die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (LGR), die von den EU-Ländern auf nationaler und regionaler Ebene an Eurostat übermittelt werden, an. Mit dieser Initiative sollen formale Regelungen für regionale Gesamtrechnungen eingeführt, eine weitere Anforderung an die Qualitätsberichterstattung aufgenommen und die Frist für die Übermittlung der zweiten Schätzungen für die LGR auf nationaler Ebene zur Verbesserung der Datenqualität gelockert werden. Rückmeldungen sind bis zum 12.04.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12615-Economic-accounts-for-agriculture>

Kommission; Genehmigung deutscher Beihilfe zur Entschädigung von Landwirten

Die Europäische Kommission hat am 22.02.2021 eine deutsche Regelung in Höhe von 30 Mio. EUR genehmigt, mit der Landwirte für Einkommensverluste und zusätzliche Kosten zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie entschädigt werden sollen. Die Regelung steht Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen offen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion in Bayern tätig sind. Ziel der Regelung sei es, den Landwirten einen teilweisen Ausgleich für die Einkommensverluste und zusätzlichen Kosten zu gewähren, die ihnen durch das Verbot von Gartenbau- und Ackerbautätigkeiten auf Pufferstreifen entlang natürlicher Gewässer entstehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_742

Kommission; Konsultation zu Handelsregeln zum ökologischen Landbau

Am 15.02.2021 veröffentlichte die Kommission einen Entwurf für eine delegierte Verordnung, die darauf abzielt, die Verordnung (EU) 2018/848 über die

ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen, die im Januar 2021 in Kraft getreten ist, um Handelsregeln für ökologische/biologische Lebensmittel zu ergänzen. Rückmeldungen sind bis zum 15.03.21 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12182-Trade-rules-for-organic-production-supplementing->

Kommission; Konsultation zu integrierten Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben

Die Kommission veröffentlichte am 17.02.2021 Fahrpläne für einen geplanten Vorschlag für eine Verordnung zu integrierten Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben in Hinblick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Die EU-Vorschriften zur integrierten Agrarstatistik sehen vor, dass die Mitgliedstaaten in den Jahren 2020, 2023 und 2026 Erhebungen über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe durchführen müssen. Die EU unterstützt diesen Aufwand finanziell. Mit dieser Initiative sollen die Beträge an den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) angepasst werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12908-Integrated-farm-statistics-as-regards-the-financial-framework->

Kommission; Studie zur Auswirkung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die sozioökonomische Entwicklung ländlicher Gebiete

Am 18.02.2021 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse einer Studie zur Auswirkung der GAP auf die sozioökonomische Entwicklung ländlicher Gebiete. Demnach könne die GAP durch ihre verschiedenen Maßnahmen und Instrumente zu einer ausgewogenen territorialen Entwicklung und zur Verbesserung der sozioökonomischen und sozialen Inklusion beitragen. Die Ergebnisse der Studie variierten jedoch, je nach Merkmalen der ländlichen Regionen und der Wahl der politischen Maßnahmen und Instrumente, zum Teil erheblich.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-study-caps-impact-development-rural-areas-regarding-socioeconomic-aspects-2021-feb-18_en

Kommission; Handelsbilanz Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen

Die Kommission veröffentlichte am 25.02.2021 ihren Handelsbericht für Januar bis November 2020. Während dieses Zeitraums belief sich der Wert der Ausfuhren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen aus der EU27 auf 168,5 Mrd. EUR (ein Anstieg um 0,9% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2019), während der Wert der Einfuhren auf 112,3 Mrd. EUR (ein Anstieg um 0,4%) anstieg. In diesem Zeitraum verzeichnete die EU einen Agrar- und Lebensmittelhandelsüberschuss von 56,2 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 2 % gegenüber den entsprechenden Monaten des Jahres 2019 entspricht.

https://ec.europa.eu/info/news/stable-eu-agri-food-trade-continues-throughout-january-november-2020-2021-feb-25_en#more

Kommission; Evaluierungsstudie über die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Wissensaustausch und Beratungstätigkeit

Am 25.02.2021 veröffentlichte die Kommission eine Evaluierungsstudie über die Auswirkungen der GAP auf Wissensaustausch und Beratungstätigkeit. Die Maßnahmen der GAP seien im Allgemeinen effektiv, effizient, relevant und kohärent und schufen einen Mehrwert in Bezug auf den Wissensaustausch und die Förderung von Beratungstätigkeiten und Innovationen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in ländlichen Gebieten. Es gäbe jedoch Schwächen, darunter eine geringe

Inanspruchnahme der Wissensaustausch- und Beratungsmaßnahmen und eine unterschiedliche Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

https://ec.europa.eu/info/news/publication-evaluation-study-caps-impact-knowledge-exchange-and-advisory-activities-2021-feb-25_en

Justiz

Rat; erneute Ernennung von Generalanwältin Juliane Kokott

Der Rat hat am 19.02.2021 Juliane Kokott (DEU) für eine weitere Amtszeit als Generalanwältin beim EuGH ernannt. Ferner sind Miroslav Gavalec (SLK) und Octavia Spineanu-Matei (ROM) für eine erste Amtszeit als Richter bzw. Richterin beim EuGH ernannt worden. Niilo Jääskinen (FIN) und Lars Bay Larsen (DNK) sind für eine Amtszeit als Richter beim Gerichtshof wiederernannt worden. Die vier Richterinnen und Richter und die Generalanwältin beim Gerichtshof wurden für die Amtszeit vom 7. Oktober 2021 bis zum 6. Oktober 2027 ernannt. Beim EuG wurde David Petrlík (CZR) als Nachfolger von Jan Passer (CZR), der zum Richter beim EuGH ernannt wurde, für dessen verbleibende Amtszeit bis zum 31.08.2025 zum Richter beim Gericht ernannt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5567-2021-INIT/en/pdf>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen Europäischen Haftbefehls

Die Kommission hat am 18.02.2021 beschlossen, Aufforderungsschreiben an DEU, SWE und CYP zu richten, weil diese Länder den Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl (2002/584/JI) nicht vollständig und/oder nicht korrekt in nationales Recht umgesetzt haben sollen. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=LEGISSUM%3A133167>

EuGH; Schlussanträge – gerichtliche Zuständigkeit bei Kindesentführung

Generalanwalt Athanasios Rantos hat am 23.02.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-603/20 PPU (SS / MCP) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass die Gerichte eines Mitgliedstaats (MS) für die Entscheidung in einem Rechtsstreit über die elterliche Verantwortung zuständig sind, wenn ein Kind, das in dem MS seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, widerrechtlich in einen Drittstaat verbracht wird, wo es seinen gewöhnlichen Aufenthalt erlangt. Die Gerichte der MS bleiben insoweit zeitlich unbegrenzt zuständig.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=0132B4AEB53D1DEB1A55103671B2E1C4?text=&docid=238087&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6360626>

EuGH; Schlussanträge – Zuständigkeit bei Persönlichkeitsverletzung im Internet

Generalanwalt Michal Bobek hat am 23.02.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-800/19 (Mittelbayerischer Verlag KG / SM) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass Art. 7 Nr. 2 EuGVO dahingehend auszulegen ist, dass es für die Begründung der Zuständigkeit, die an den Mittelpunkt der Interessen anknüpft, nicht erforderlich ist, dass in dem mutmaßlich verletzenden Inhalt im Internet eine bestimmte Person namentlich genannt wird. Für die Begründung der Zuständigkeit muss das nationale Gericht jedoch prüfen, ob eine enge Verbindung zwischen diesem Gericht und dem Rechtsstreit besteht. Im besonderen Zusammenhang von Veröffentlichungen im Internet muss das nationale Gericht sicherstellen, dass im Licht von Art, Inhalt und Reichweite des im Internet veröffentlichten Materials, geprüft und ausgelegt anhand

des jeweiligen Zusammenhangs, ein angemessener Grad an Vorhersehbarkeit des möglichen Gerichtsstands aufgrund des Ortes der Verwirklichung des durch das betreffende Material bewirkten Schadenserfolgs besteht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238085&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6367891>

EuGH; Urteil Rechtssache C-615/19 Dalli / KOM

Der EuGH veröffentlichte am 25.02.2021 sein Urteil in der Rechtssache C-615/19 Dalli/KOM. Hierbei entschied der EuGH, das Rechtsmittel in allen sieben Punkten abzulehnen. Dalli beantragte die Aufhebung des Urteils des Gerichts der Europäischen Union vom 06.06.2019. Dalli hatte in zweiter Instanz eine Million Euro Schadensersatz für immaterielle Schäden gefordert, die darauf zurückgingen, dass er durch die Ergebnisse eines Ermittlungsverfahrens von OLAF als Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz freiwillig zurückgetreten war. In vorheriger Instanz war Dallis Klage u.a. deshalb abgelehnt worden, weil er nicht hinreichend belegen konnte, dass eine unrechtmäßige Behandlung durch die Kommission und OLAF vorlag. Zudem sei es OLAF durchaus erlaubt, auf Basis einer Vermutung Ermittlungen aufzunehmen, wenngleich sich dieser dennoch davon überzeugen müsse, dass ein Tatbestand vorliegen könnte. Dalli hatte die Ermittlungen des OLAF als willkürlich beanstandet und sich auf die Unschuldsvermutung berufen. Da die ersten sechs Rechtsmittelgründe somit allesamt zurückgewiesen worden sind, sei festzustellen, dass laut aktueller Rechtsprechung des Gerichtshofs auch der siebte Rechtsmittelgrund, der den Kausalzusammenhang zwischen rechtswidriger Handlung und entstandenem Schaden betrifft, abgelehnt werden müsse, da nicht hinreichend belegt wurde, dass überhaupt ein rechtswidriges Verhalten vorliege. Die Schadensersatzklage wurde deshalb insgesamt abgewiesen. Zudem urteilte der Gerichtshof, dass Dalli die Gerichtskosten beider Parteien tragen müsse, da sein Begehren erfolglos blieb.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238170&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1610882>

In n e r e s

Kommission; Sicherer Datenfluss zwischen EU und GBR

Die Kommission hat am 19.02.2021 das Verfahren zu Übermittlungen personenbezogener Daten aus der EU nach GBR eingeleitet. Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dass in GBR ein Schutzniveau gewährleistet wird, das dem durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem durch die Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung gewährleisteten Schutzniveau im Wesentlichen gleichwertig ist. Im nächsten Schritt wird der Europäische Datenschutzausschuss eine Stellungnahme abgeben. Auch die Mitgliedstaaten müssen im sogenannten Komitologieverfahren noch ihre Zustimmung geben. Anschließend könnte die Kommission die endgültigen Angemessenheitsbeschlüsse zu GBR annehmen. Wenn einem Drittland ein solches „angemessenes Schutzniveau“ bescheinigt wird, dürfen personenbezogene Daten aus der EU ohne weitere Bedingungen in dieses Drittland übermittelt werden.

https://ec.europa.eu/info/files/draft-decision-adequate-protection-personal-data-united-kingdom-general-data-protection-regulation_de

Kommission; Kritik an Grenzsicherungen in DEU und anderen MS

Nachdem DEU seine Grenzkontrollen an den Übergängen zu CZR und dem österreichischen Bundesland Tirol bis zum 03.03.2021 verlängert hat, hat die Kommission die Grenzkontrollen kritisiert. Nach Ansicht der Kommission verfolge DEU mit dem Schutz der öffentlichen Gesundheit in einer Pandemie zwar ein legitimes Ziel, dieses könne aber auch durch weniger restriktive Maßnahmen erreicht werden. Die gemeinsame Ratsempfehlung, die erst kürzlich wegen neuer Coronavirus-Varianten und hoher Neuinfektionszahlen aktualisiert wurde, sei für alle Mitgliedstaaten der Kompass. Die Kommission hat DEU aufgefordert, die Grenzkontrollen im Sinne der Ratsempfehlung umzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/48122/st05716-en21-public.pdf>

EuGH; Nichtmitteilung der nationalen Umsetzungsmaßnahmen

Der EuGH hat am 25.02.2021 in der Rechtssachen C-658/19 (Kommission / Spanien) entschieden, dass Spanien zur Zahlung eines Pauschalbetrags in Höhe von 15 Millionen Euro und eines täglichen Zwangsgelds in Höhe von 89.000 Euro verurteilt wird, da es bislang die Richtlinie zum Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung und Aufdeckung von Straftaten weder umgesetzt noch Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hat.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=238164&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1516510>

EuGH; Schlussanträge – Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber

Generalanwalt Athanasios Rantos hat am 25.02.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-821/19 (Kommission / Ungarn) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass Ungarn dadurch gegen seine unionsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen hat, dass es die organisatorische Tätigkeit, die darauf abzielt, die Einleitung eines Verfahrens des internationalen Schutzes durch Personen zu ermöglichen, die die nationalen Kriterien für die Gewährung dieses Schutzes nicht erfüllen, unter Strafe gestellt hat. Die Kriminalisierung dieser Tätigkeit behindere die Ausübung der Rechte, die der Unionsgesetzgeber im Bereich der Unterstützung für Personen, die internationalen Schutz beantragen, garantiere.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=BB005FD40C0E16F304C0DEF912253012?text=&docid=238177&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1513460>

Bildung und Kultur

Rat; Bildung; Informeller Ministerrat; Allgemeine Bildung

Die EU-Bildungsministerinnen und –minister tagten am 19.02.2021 zum ersten Mal unter portugiesischem Vorsitz zu aktuellen Dossiers in der EU-Bildungspolitik. Im Vordergrund stand die Strategie der Kommission zur Verwirklichung des europäischen Bildungsraums. Thematisiert wurde eine Entschließung des Rates zum strategischen Rahmen für die europäische Kooperation auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, die zuvor verabschiedet worden war. Zu den Zielen gehört insbesondere: höhere Qualität, mehr Gleichheit, bessere Inklusion und mehr Erfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung; die Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität für alle; die Stärkung der europäischen Hochschulbildung; die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels in der und im Wege der allgemeinen und beruflichen Bildung. Die Entschließung enthält konkrete Vorschläge zu Maßnahmen für alle genannten Prioritäten sowie einige indikative Ziele auf EU-Ebene, wie z. B. die Verringerung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit

schwachen Leistungen in Grundkompetenzen. Ferner erörterten die Ratsdelegationen, inwiefern die Chancengleichheit aller beim Zugang, bei der Inklusion und in Bezug auf den Erfolg in der allgemeinen und beruflichen Bildung verbessert werden könnte, auch angesichts der Herausforderungen durch die Pandemie. Die Ratsdelegationen betonten abschließend die Notwendigkeit, den Zugang zu Bildung für Kinder und Erwachsene mit besonderen Bildungsbedürfnissen, für Einwanderer und Flüchtlinge sowie für von sozialer Ausgrenzung Bedrohte zu erleichtern. Der portugiesische Ratsvorsitz informierte die Delegationen zudem über ihre Initiative, eine Online-Plattform einzurichten, mithilfe derer sich die Mitgliedstaaten über die Bewältigung der COVID-19-Pandemie im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung austauschen können. Auf der nächsten Tagung der Bildungsminister im Mai 2021 sollen Schlussfolgerungen zu diesem Thema angenommen werden. Der portugiesische Bildungsminister Tiago Brandão Rodrigues resümierte, die EU verfüge über diverse Finanzierungsprogramme – wie Erasmus+ und die neue Wiederaufbau- und Resilienzfazilität – mit denen die erforderliche finanzielle Unterstützung für die Einleitung von Maßnahmen und Reformen bereitgestellt werden könne.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2021/02/19/>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Studie zu Medienvielfalt ausgeschrieben

Die Kommission hat am 22.02.2021 eine Studie zur Medienvielfalt ausgeschrieben. Nach Angaben der Kommission ist wesentliches Ziel der Studie, der Kommission, den Mitgliedsstaaten und den nationalen Regulierungsbehörden Informationen zur Verfügung zu stellen, die die Analyse von Fragen der Medienpluralität und -vielfalt sowie die Eignung der derzeitigen medien-spezifischen Vorschriften zur Sicherung der Medienfreiheit und des Pluralismus unterstützen. Sie soll sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte konzentrieren: die Auffindbarkeit von Inhalten und Diensten von allgemeinem Interesse und Maßnahmen zur Konzentration wirtschaftlicher Ressourcen zur Sicherung der Medienvielfalt im Internet. Die Untersuchung soll auch mögliche Methoden zur Bewertung und Messung der Medienvielfalt aufzeigen und Vorschläge machen, wie Mängel beseitigt werden können. Angebote können bis zum 23.03.2021 abgeben werden. Die Kommission hatte die Studie im Dezember 2020 in ihrem Aktionsplan für Medien und audiovisuelle Medien und im Europäischen Aktionsplan für Demokratie (vgl. BaB 23/2020) angekündigt.

<https://etendering.ted.europa.eu/cft/cft-display.html?cftId=7552>

EP; Aussprache zur Regulierung sozialer Plattformen gegen Destabilisierung

Der EP-Sonderausschuss zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (INGE), hat am 22.02.2021 mit Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, eine Aussprache über die Regulierung sozialer Plattformen im Kampf gegen die Destabilisierung der Demokratie geführt. Im Fokus standen dabei der von der Kommission am 15.12.2020 vorgeschlagene Digital Services Act (DSA) als Instrument gegen Desinformation auf sozialen Plattformen, die Eindämmung der Monetarisierung von Desinformationen und eine stärkere Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Ein weiterer Schwerpunkt war der Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines Cyberschutzschildes für Europa. Zentral ist dabei nach Ansicht von Kommissar Breton, dass Cyberangriffe auf die EU künftig schneller erkannt werden müssten – die durchschnittliche Dauer zwischen Angriff und Aufdeckung liege aktuell bei fast 200 Tagen. Auf Nachfrage von MdEPs kündigte Breton an, im Kontext des DSA konkrete

Indikatoren auszuarbeiten, die das Verhalten systemrelevanter sozialer Plattformen messbar machen und dadurch konkrete Anreize zu dessen Einhaltung setzen sollen.
<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/inge/meetings/webstreaming>

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung zur Cybersicherheit am 24.02.2021

Am 24.02.2021 fand eine Veranstaltung der „Cyber Security for Europe“ mit Unterstützung der Hessischen Landesvertretung statt. Die Videokonferenz war Teil des Projektes „CyberSec4Europe“. Gegenstand der Podiumsdiskussion war die Entscheidung des Europäischen Rates vom 09.12.2020, das künftige Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest anzusiedeln. Nach einer Begrüßung durch den Hessischen Europastaatssekretär Mark Weinmeister und Kai Rannenber von der Goethe Universität Frankfurt diskutierten die Podiumsteilnehmer über die Perspektiven der europäischen Cybersicherheit in den nächsten Jahren und die Rolle, die Rumänien hierbei spielen kann. Es diskutierten Miguel González-Sancho, Europäische Kommission, Generaldirektion CNECT, Ramona Nita, Ständige Vertretung Rumäniens bei der EU, Stelian Brad, Universität Cluj-Napoca, Monica Florea von der NGO SIMAVI sowie Virgil D. Gligor, Carnegie Mellon Universität. Moderator war David Goodmann von der Vereinigung Trust in Digital Life.

Virtuelle Gespräche von Europastaatssekretär Mark Weinmeister mit Brüssel

Der Hessische Europastaatssekretär minister Mark Weinmeister hat vom 16.-18.02.2021 eine Reihe virtueller politischer Gespräche mit Abgeordneten des EP und Experten der Kommission geführt. Es ging um spezifisch hessische Interessen im Rahmen der aktuellen EU-Politik. Im Mittelpunkt standen u.a. das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und GBR, die Regulierung sehr marktmächtiger Plattformen, die EU-Handelspolitik und der Green Deal. Im Austausch mit MdEP Anna Cavazzini (GRÜNE/DEU), Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), stand das vorläufig angewendete Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und GBR im Fokus. Weinmeister wies auf die besondere Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt in diesem Zusammenhang hin. Wichtig für Hessen sei es, ob für die jetzige Form des Abkommens noch Anpassungen vorgesehen sind, um gerade bei den Finanzdienstleistungen einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und um hessischen Unternehmen einen reibungslosen Warenverkehr nach und von GBR zu ermöglichen. Cavazzini erklärte, dass auch in Zukunft noch Anpassungen durchgeführt werden könnten, wenn diese beidseitig gewollt seien. Die Vorschläge der Kommission zum „Digital Services Act“ (DSA) und „Digital Markets Act“ (DMA) diskutierte Weinmeister mit MdEP Andreas Schwab (EVP/DEU), der im IMCO-Ausschuss des EP zum Berichterstatter für den DMA ernannt wurde. Aus Sicht Weinmeisters könne Europa bei der Plattformwirtschaft nur aufholen, wenn ein faires Geschäftsumfeld geschaffen wird, in dem insbesondere kleine und mittlere Unternehmen und Start-ups wachsen und neue Märkte erschließen können. Auf dem Programm des Staatssekretärs standen auch die Themen Konferenz zur Zukunft Europas und Demographie, die er mit Astrid Dentler, Mitglied im Kabinett der Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica, diskutierte. Weinmeister begrüßte, dass bezüglich der Frage der Leitung der Konferenz durch die Präsidenten von EP, Rat und Kommission nunmehr Einigkeit erzielt werden konnte. Er betonte nachdrücklich die hohe Bedeutung, nationalen Parlamenten im Gefüge der Konferenz eine aktive Rolle einzuräumen. Weinmeister sprach außerdem das Thema Demographie an. Des Weiteren sprach der

Europastaatssekretär mit dem Vorsitzenden der China-Delegation des EP, Reinhard Bütikofer (GRÜNE/DEU), über die Grundsatzvereinbarung zum EU-Investitionsabkommen mit China und in diesem Zusammenhang auch über die künftigen Handelsbeziehungen der EU zu den USA. Dabei machte Weinmeister deutlich, dass für den Wirtschaftsstandort Hessen, der stark exportorientiert ist, die künftigen Handelsbeziehungen zu den USA, aber auch zu China, von großer Bedeutung sind. Es gehe Hessen zum einen um den Marktzugang, aber auch um faire Wettbewerbsbedingungen. Mit MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) tauschte sich Weinmeister zu aktuellen Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik aus. Dabei wurden insbesondere die Themen europäische Einlagensicherung, die Umsetzung von Basel III in europäisches Recht sowie die derzeitige expansive Geldpolitik der EZB diskutiert. Über ein weiteres für Hessen wichtiges Thema, den „Green Deal“, sprach Weinmeister mit Stefanie Hiesinger, zuständig für Klimafragen im Kabinett des Exekutivvizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans. Weinmeister wies dabei auf die Herausforderungen des technologischen Wandels hin, die in der genauen Ausgestaltung der bevorstehenden Gesetzgebungsvorschläge berücksichtigt werden müssten.

Virtuelle Gespräche mit Brüsseler Experten

Der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister traf sich am 23./24. 02. 2021 mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (EP), Nicola Beer (RN/DEU), und Experten der Kommission. Zentrale Themen waren „fairer Wettbewerb für den Finanzplatz Frankfurt“, Digitalisierung, EU-Finanzdienstleistungspolitik, das EU-Migrations- und Asylpaket und der Rechtsstaatsbericht 2020. Im Gespräch mit Beer standen aktuelle digitalpolitische Themen und das Verhältnis EU-GBR im Vordergrund. Zu den Vorschlägen der Kommission „Digital Services Act“ und „Digital Markets Act“ unterstrich Beer, dass ein vielfach gefordertes Verbot personalisierter Werbung ein wichtiges Thema der Beratungen sein werde. Thema war auch der angekündigte Kommissionsvorschlag für einen europäischen Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) mit Blick auf eine Vermeidung der Überregulierung sowie die Frage der Sicherung eines fairen Wettbewerbs für Hessen und den Finanzstandort Frankfurt im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens der EU und GBR. Zu aktuellen Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik tauschte sich Weinmeister mit Direktor Marcel Haag von der Generaldirektion (GD) Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) aus. Dabei wurden insbesondere die Fortschritte bei der Kapitalmarktunion, Sustainable Finance und der möglichen Einführung eines Digitalen Euros diskutiert. Ein weiteres Anliegen war Weinmeister die EU-Migrations- und Asylproblematik, für die bislang keine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde. Hierzu kam er mit Direktor Matthias Oel von der GD Migration und Inneres ins Gespräch. Im Dialog mit Annegret Kempf aus der GD Justiz stand der erstmals von der Kommission vorgelegte „Rechtsstaatsbericht 2020“ zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU im Mittelpunkt.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

Rat

01.03.2021	Informeller Rat der EU Tourismusminister
	Informeller Rat der EU Gesundheitsminister
02.03.2021	Informeller Rat der EU Handelsminister
11.03.2021	Virtuelles Treffen der Innen- und Justizminister
12.03.2021	Virtuelles Treffen der Innenminister

Europäische Kommission

03.03.2021	<ul style="list-style-type: none">• Ein Jahr seit dem Ausbruch von COVID-19 Pandemie: Die Reaktion der Finanzpolitik• Empfehlung der Kommission zur "Effektiven Aktiven Unterstützung der Beschäftigung" (EASE)• Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte• Verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz• Strategie zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen
09.03.2021	<ul style="list-style-type: none">• Europas digitale Dekade: Digitale Ziele für 2030• Humanitäre Hilfe der EU im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 08. – 11.03.2021

- Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag
- Ein mit den WTO-Regeln zu vereinbarendes CO2-Grenzausgleichssystem
- Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung
- Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen
- Umsetzung der Bauprodukteverordnung
- Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf
- Programm „InvestEU“
- Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2021–2027) (Programm „EU4Health“)
- Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2019
- Ausrufung der EU zum Freiheitsraum für LGBTI-Personen
- Rechte des Kindes
- Europäisches Semester: Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021
- Europäisches Semester: Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021

- Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Regierungsversuche, die freien Medien in Polen und Ungarn zum Schweigen zu bringen
- Gemeinsame Aussprache - Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte: Anpassungen am Verbriefungsrahmen
- Ein allgemeiner Rahmen für Verbriefungen und ein spezifischer Rahmen für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung, um die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu unterstützen
- Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen
- Reform des politischen Rahmens der EU zur Beendigung von Steuervermeidung in der EU nach den OpenLux-Enthüllungen
- Zusage der EU auf der Genfer Konferenz 2020, Afghanistan zu unterstützen
- Langfristige Vision für ländliche Gebiete

Ausschuss der Regionen

Europäischer Gerichtshof

01.03.2021	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-118/20 (Wiener Landesregierung): Widerruf der Zusicherung der Einbürgerung
02.03.2021	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-824/18 (A. B. u. a. (Ernennung von Richtern am Obersten Gericht – Rechtsbehelfe)): Besetzung freier Richterstellen am polnischen Obersten Gericht
02.03.2021	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-746/18 (Prokuratour): Vorratsdatenspeicherung - Zugriff der Ermittlungsbehörden
02.03.2021	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-425/19 (P Kommission / Italien u.a.): Staatliche Beihilfen – Banca Tercas
02.03.2021	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-94/20 (Land Oberösterreich (Wohnbeihilfe)): Erfordernis des Nachweises von Deutschkenntnissen für Bezug von Wohnbeihilfe durch Drittstaatsangehörige

- 04.03.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-362/19 P (Kommission / Fútbol Club Barcelona): Staatliche Beihilfen – Besonderer Einkommensteuersatz
- 04.03.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-357/19 (Euro Box Promotion u.a.) und C-547/19 (Asociația "Forumul Judecătorilor din România"), in der Rechtssache C-379/19 (DANN - Serviciul Teritorial Oradea) und in den verbundenen Rechtssachen C-811/19 (FQ u.a.) und C-840/19 (NC): Rechtsstaatlichkeit - Unabhängigkeit der Justiz
- 09.03.2021 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-344/19 (Radiotelevizija Slovenija (Bereitschaftszeiten an einem entlegenen Ort)) und C-580/19 (Stadt Offenbach am Main (Bereitschaftszeiten bei der Feuerwehr)): Bereitschaftszeit = Arbeitszeit?
- 09.03.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-392/19 (VG Bild-Kunst): Urheberrechtsverletzung durch Framing?
- 11.03.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Gutachtensache (Avis) 1/19 (Übereinkommen von Istanbul): Abschluss des Übereinkommens von Istanbul seitens der EU
- 11.03.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-174/19 P (Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland / Kommission) und C-175/19 P (Stena Line Scandinavia / Kommission): Finanzierung der Straßen- und Eisenbahnverbindung über den Fehmarnbelt
- 11.03.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-37/20 (Luxembourg Business Registers): Informationen über den wirtschaftlichen Eigentümer einer Gesellschaft
- 11.03.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-66/20 (Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Münster): Ausstellung einer Europäischen Ermittlungsanordnung durch ein Finanzamt

EuG

- 02.03.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-279/19 (Front Polisario / Rat): Westsahara

03.03.2021

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-344/19 und T-356/19 (Front Polisario / Rat): Westsahara

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 12.03.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA